

Vielleicht haben Sie noch ein bisschen Geduld. Denn die Filmstiftung ist derzeit dabei, dieses Konzept zu erarbeiten; es wird in Kürze vorgelegt werden. Es wird in der Verantwortung der Filmstiftung liegen. Die von Ihnen angesprochene LfM Nova ist eine Tochter der Landesmedienanstalt, und die Mitarbeiter werden in diesem Jahr noch weitere Projekte abwickeln wie beispielsweise das Festival „Großes Fernsehen“ oder das Medienbürgerfest. Sie werden also nicht einfach nur herumsitzen und nichts tun.

Wir wollen mit der Neuausrichtung Doppelangebote und Doppelstrukturen abbauen, aber ein Medienforum präsentieren, das auf der Höhe der Zeit ist und die Themen der Zeit mit den Experten und Expertinnen diskutiert.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, erlauben Sie mir zum Schluss der Debatte zum Einzelplan 02 noch einige Worte des Dankes für die klaren, natürlich auch widersprechenden politischen Aussagen, die erkennen lassen, dass der Haushalt der Staatskanzlei mehr ist als der kleinste Etat aller Ministerien, dass er auch ein Spiegelbild der Regierungsphilosophie der amtierenden Regierungschefin ist.

Ich möchte mich für den überwiegend sachlichen und fairen Umgang sowohl miteinander als auch mit dem Einzelplan, für die Zwischenfragen, die gezeigt haben, dass es auch, wenn es nur um die Sache geht, trotzdem spannend sein kann, und für das Festhalten am Beratungsfahrplan, was es ermöglicht, den Haushalt 2013 noch vor der Osterpause in Kraft zu setzen, bedanken. Nicht zuletzt bedanke ich mich für die Aufmerksamkeit, die Sie mir bis zum Schluss geschenkt haben. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Der Form halber: Frau Ministerin hat die Redezeit um 86 Sekunden überzogen. Die meisten anderen haben das jedoch auch getan. Ich sehe auch niemanden hierhin stürmen, der gegebenenfalls noch reden möchte. Insofern sind wir am Ende der Beratung zu Einzelplan 02.

Wir kommen zur Abstimmung über selbigen Einzelplan. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in seiner **Beschlussempfehlung Drucksache 16/2102**, den Einzelplan 02 unverändert anzunehmen. Zu diesem Einzelplan ist für die Teilbereiche Einzelabstimmung gemäß § 41 unserer Geschäftsordnung beantragt worden. Daher kommen wir jetzt zur **Einzelabstimmung**.

Zunächst geht es um den **Teilbereich „Ministerpräsidentin und Staatskanzlei“**. Wer kann diesem Teilbereich zustimmen? – Das sind die Fraktionen der Piraten, der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen. Wer lehnt diesen Teilbereich ab? – CDU und FDP. Enthält sich jemand? – Das ist nicht der Fall.

Damit ist dieser Teilbereich des Einzelplans 02 **angenommen**.

Wir stimmen ab über den **Teilbereich „Landesplanung“**. Wer stimmt diesem Teilbereich zu? – Das sind die SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – Das sind CDU und FDP. Wer enthält sich? – Die Piratenfraktion enthält sich. Damit ist auch dieser Teilbereich des Einzelplans 02 **angenommen**.

Wir stimmen ab über den **Teilbereich „Europa und Eine Welt“**. Wer ist dafür, diesen Teilbereich anzunehmen? – Die Piraten, die SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt gegen diesen Teilbereich? – CDU und FDP. Enthält sich jemand? – Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Teilbereich des Einzelplans 02 **angenommen**.

Wir stimmen ab über den **Teilbereich „Medien“**. Wer stimmt diesem Teilbereich zu? – SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Enthaltungen? – Die Piratenfraktion. Damit ist dieser Teilbereich des Einzelplans 02 **angenommen**.

Wir kommen zur GesamtAbstimmung über den Einzelplan 02 gemäß der Beschlussempfehlung Drucksache 16/2102. Wer möchte diesem Einzelplan zustimmen? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist gegen diesen Einzelplan? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Die Piratenfraktion. Damit ist die **Beschlussempfehlung Drucksache 16/2102 angenommen** und der **Einzelplan 02** in zweiter Lesung **verabschiedet**.

Ich rufe auf:

Einzelplan 14 Ministerium für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk

Zunächst geht es um den

Teilbereich Wirtschaft, Industrie, Mittelstand und Handwerk

Ich weise Sie hin auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 16/2114 zu selbigem Einzelplan und eröffne hiermit die Beratung. – Zum Teilbereich „Wirtschaft, Industrie, Mittelstand und Handwerk“ spricht für die CDU-Fraktion der Kollege Wüst.

Hendrik Wüst (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Zuschauer! Wir werden auch mit Blick auf den Einzelplan 14 dem Haushalt nicht zustimmen können, weil solide Haushaltsführung und

prosperierende Wirtschaft, Wirtschaftswachstum zwei Seiten einer Medaille sind.

Wir sehen das in den kriselnden Staaten der Europäischen Union, und wir sehen es auch in Nordrhein-Westfalen, wo seit vielen Jahrzehnten – mit Ausnahme von wenigen Jahren – über die Verhältnisse gelebt wird und wir seit genau gleicher Zeit dem Wirtschaftswachstum in Deutschland hinterherhängen.

(Beifall von der CDU)

Einsparungen von lediglich 150 Millionen € bei einem Haushaltsvolumen von 60 Milliarden € sind nicht der ambitionierte Ausgang, den wir brauchen, um unsere Probleme zu lösen.

(Beifall von der CDU)

Deswegen ist die Kritik des Präsidenten der Landesvereinigung der Unternehmensverbände, Maier-Hunke, an dieser fahrlässigen Verschuldungspolitik auch richtig.

In einem innovativen zustimmungsfähigen Haushalt würde im Einzelplan 14 zum Beispiel der Versuch unternommen, bei der Kofinanzierung neue Wege etwa durch Drittmittelfinanzierung zu gehen, wie es an anderer Stelle von der Vorgängerregierung schon gemacht worden ist.

In einem innovativen zustimmungsfähigen Haushalt würden Personalkosten reduziert statt sie auszubauen. Eine wirtschaftsfreundliche Finanzpolitik würde bei allen Sporbemühungen die heimische Wirtschaft nicht mit zusätzlichen wettbewerbsverzerrenden Abgaben belasten.

Aber das Gegenteil von dem ist bei uns in Nordrhein-Westfalen der Fall. Rot-Grün hatte schon die flächendeckende Gewerbesteuererhöhung über das GFG zu verantworten. Jetzt kommt die Erhöhung des Wasserentnahmeentgelts und eine Bundesratsinitiative des Landes zur Einführung einer Vermögensteuer.

Die Wirtschaftsverbände bescheinigen dem Minister zwar, die richtigen Worte zu finden, es jedoch an Taten vermissen zu lassen.

(Beifall von der CDU)

Von einem Wirtschaftsminister wird zu Recht mehr erwartet als kluge Reden. Sehr geehrter Herr Minister Duin, es war bemerkenswert – ich konnte jedem einzelnen Ihrer Sätze bei der Wirtschaftsvereinigung Stahl vor einigen Tagen zustimmen –: Kaum zehn Stunden nach der Abendveranstaltung auf dem Weg hier zum Landtag erreichte mich ein Anruf, in dem mir mitgeteilt wurde, dass Herr Remmel wieder einmal Sand ins Getriebe des Wirtschaftswachstums in Nordrhein-Westfalen streut und ein neues Gutachten zur CO-Pipeline in Auftrag gegeben hat.

Das ist die Realität. Sie reden gut, Sie kriegen Beifall von der Wirtschaft. Und Herr Remmel macht ge-

nau das Gegenteil von dem, was Sie sagen: Er behindert die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU)

Dabei haben wir eine Situation, die nicht weniger als kritisch ist. Wir können stolz sein auf unsere Industrie in Nordrhein-Westfalen, insbesondere – das sage ich absichtlich, weil das manchmal bestritten oder klammheimlich weggelassen wird – auf den Industriebereich, der energieintensiv ist, auf Branchen wie Chemie, Glas, Keramik, Papier etc.

Genau in dem Bereich ist in den letzten Jahren, seit dem Jahre 2000 ein Rückgang zu verzeichnen, ein Rückgang, den man nicht an großen Werksschließungen oder an öffentlichkeitsaufmerksamen Streitereien erkennt, sondern den man daran ablesen kann, dass in den genannten Branchen seit dem Jahr 2000 nur 85 % der Abschreibungen reinvestiert worden sind. Es gibt also ein Klima der Desinvestition bei energieintensiven Unternehmen. Und davon sind wir in Nordrhein-Westfalen besonders stark betroffen. Das sollte uns zu denken geben, was die Politik der rot-grünen Landesregierung im Land Nordrhein-Westfalen angeht.

Herr Minister, Sie haben Ihre Chancen verstreichen lassen. Bei der Verabschiedung des Klimaschutzgesetzes hätte man schon in der ersten Kabinettsitzung einschreiten müssen. Warum haben Sie das nicht getan? Sie hätten einschreiten können bei der Verordnung zum Tariftreue- und Vergabegesetz, spätestens dann, als jedem deutlich wurde, dass dieses Gesetz so nicht funktioniert.

Was ist das für ein Gesetz, das mit einer Verordnung nicht mehr zu administrieren ist, bei dem man zu der Verordnung noch zwei Handreichungen braucht, meine Damen, meine Herren?

(Beifall von der CDU)

Diese Chance haben Sie ebenfalls verstreichen lassen. Das Nichtraucherschutzgesetz und das Ladenöffnungsgesetz sind im Vergleich mit den genannten vorherigen Gesetzen fast schon zu vernachlässigen. Unser Land braucht einen Wirtschaftsminister, der seinen Worten Taten folgen lässt, und es braucht regierungstragende Fraktionen, die mit dem Parlament gemeinsam an Lösungen arbeiten und dies nicht, wie ich es an einem Fall schildern möchte, der mich besonders ärgert, hinterrücks tun.

Frau Schneckenburger, ich bin froh, dass Sie da sind. Wir haben in der Wirtschaftsausschusssitzung über EFRE-Mittel diskutiert. Ich habe gefragt, ob etwas an dem dran ist, was ich aus der Enquete-Kommission gehört habe, dass Sie EFRE-Mittel einsetzen wollen, um im Bereich der Wohnungswirtschaft etwas zu machen. Es wurde gesagt, nein, das sei nicht so. Ich hätte keine Ahnung. Dann bin ich beschimpft und in der Ihnen üblichen Manier gemäßregelt worden.

Heute habe ich zufällig, eine Stunde vor meiner Rede, einen Brief von Herrn Horzetzky bekommen, der bestätigt: Ja, das ist möglich; das zu tun halten wir für eine gute Möglichkeit. – Das ist kein anständiger Umgang miteinander.

(Beifall von der CDU)

Wenn Sie auf der einen Seite beklagen, dass die Bundeskanzlerin nicht anständig verhandelt habe, aber auf der anderen Seite EFRE-Mittel offensichtlich aus der Wirtschaftsförderung abziehen und andere Dinge, die man für notwendig erachten könnte, umleiten wollen, ist das so nicht in Ordnung. Das ist kein redlicher Umgang miteinander und entlarvt das Wahlkampfmanöver mit den europäischen Mitteln als ziemlich plump und dämlich, um es, bei allem Respekt, zu sagen.

Meine Damen, meine Herren, Wirtschaftspolitik nach einem halben Jahr Duin ist geprägt von besseren Reden als beim Vorgänger, von fleißigeren Terminen als beim Vorgänger. Die Wirtschaft hat einen Ansprechpartner, ja, aber leider mit mangelndem Tatendrang. Deswegen können wir diese Wirtschaftspolitik auch im Haushalt nicht unterstützen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Wüst. – Für die SPD-Fraktion ist Kollege Bell auf dem Weg zu uns.

Dietmar Bell (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das war nun wieder typisch das Zerrbild, das Herr Wüst seit geraumer Zeit als Bild der nordrhein-westfälischen Wirtschaft zu vermitteln versucht. Es ist auch klar, warum er versucht, das zu tun: Wir haben mit dem Wirtschaftsminister einen Minister, der eine hohe Akzeptanz im Bereich der Wirtschaft hat, der sich hohen Respekt bei den Wirtschaftsfunktionärinnen und -funktionären erarbeitet hat.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Da scheinen Ihre Zerrbilder nur der Versuch zu sein, Bilder zu entwickeln, um damit faktisch wirtschaftspolitische Kompetenz vorzutauschen. In Wirklichkeit, meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr geehrter Herr Wüst, suchen Sie händeringend Themen und wirtschaftspolitische Kompetenz, die Ihnen in den letzten Jahren schlichtweg abhandengekommen ist.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was wir in den letzten Wochen und Monaten erlebt haben, war doch nichts anderes als der Versuch, jeden Ansatz einer wertorientierten Wirtschaftspolitik als Bürokratiemonster zu diskreditieren.

(Norbert Meesters [SPD]: So ist es!)

Ich will das an einigen Beispielen verdeutlichen, weil ich glaube, dass diese Verfahrensweise, die Sie hier an den Tag legen, schlichtweg auf Dauer nicht verfängt.

Stichwort: Tariftreuegesetz. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe mit großer Aufmerksamkeit das Interview von Josef Laumann zur Frage Mindestlohn gelesen. Ich habe auch zur Kenntnis genommen, Herr Lindner, dass sich der Womazer Ihrer Bundestagsfraktion und Spitzenkandidat hier ebenfalls auf den Weg in Richtung Mindestlohn macht. Sie wollen dieses Thema offensichtlich im Rahmen des Bundestagswahlkampfes besetzen, weil Sie merken, dass die Menschen in diesem Land einen Mindestlohn wollen,

(Beifall von der SPD)

aber gleichzeitig fordern Sie die Abschaffung des Tariftreuegesetzes in Nordrhein-Westfalen,

(Lutz Lienenkämper [CDU]: Das schlechteste Gesetz, das Sie je gemacht haben.)

mit dem wir einen vergabespezifischen Mindestlohn von 8,62 € eingeführt haben. Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, wer will denn Politik bei der Frage Mindestlohn ernst nehmen, wenn noch nicht einmal in den Handlungsfeldern, die man selber hat, ein solcher Mindestlohn durchgesetzt wird?

(Beifall von der SPD)

Ich will einen zweiten Punkt nennen: das Ladenöffnungsgesetz. Ich habe das große Vergnügen, nächste Woche Freitag mit Herbert Reul in Monheim bei der Katholischen Arbeitnehmerbewegung zum Thema „Sonntagsöffnung“ zu diskutieren.

(Lutz Lienenkämper [CDU]: Ziehen Sie sich warm an!)

– Da brauche ich mich gar nicht warm anzuziehen. Das ist die für Sie typische Rollenverteilung: zur KAB und in die Aktionsbündnisse für den freien Sonntag gehen, das christliche Weltbild loben, aber hier im Landtag seit der ersten Debatte über das Ladenöffnungsgesetz sagen: Dieses Gesetz ist das beste, das jemals im Land Nordrhein-Westfalen gemacht worden ist.

(Beifall von der SPD – Lachen von der CDU)

Sie nehmen noch nicht einmal zur Kenntnis, dass Ihr Gesetz durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zum Berliner Ladenöffnungsgesetz schlichtweg überarbeitungsbedürftig ist. Auf diesem Niveau, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition, werden wir Sie in der Öffentlichkeit nicht weiter laufen lassen.

(Zurufe von der CDU)

Vizepräsident Daniel Düngel: Herr Kollege Bell, würden Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Wüst zulassen?

Dietmar Bell (SPD): Nein, ich rede jetzt durch.

(Zuruf von der CDU: Würde ich an seiner Stelle auch nicht!)

Man hat mittlerweile den Eindruck, dass die Diskussion um die Werteorientierung in der Wirtschaftspolitik von Ihnen mit allen Mitteln diskreditiert wird.

Herr Brockes, der heute nicht anwesend ist, hat in der letzten Wirtschaftsausschusssitzung versucht, uns in diesem Zusammenhang mit dem Begriff des „Gutmenschen“ zu apostrophieren. Herr Ellerbrock hat es heute in anderem Zusammenhang ebenfalls getan.

Wir haben daraufhin gefragt: Was ist denn ein Gutmensch?

(Christian Lindner [FDP]: Ein Gesinnungstaktiker!)

Darüber hat Dietmar Brockes in seiner gewohnten philosophischen Qualität drei Minuten lang geradebrecht, um das einmal höflich zu umschreiben.

Ich frage Sie dann: Was ist denn das Gegenteil von einem Gutmenschen?

(Christian Lindner [FDP]: Ein Verantwortungstaktiker!)

Mit welchem Bild wollen Sie eigentlich identifiziert werden? Ich sage Ihnen ganz deutlich: Wirtschaftspolitisch stimmt in dieser Opposition bei der Frage nach der Werteorientierung gar nichts mehr.

(Beifall von der SPD – Christian Lindner [FDP]: Das ist der Unterschied zwischen Otmar Schneider und Helmut Schmidt! – Gegenruf von der SPD: Das ist ja lächerlich, Herr Lindner! – Weitere Zurufe von der CDU)

– Ja, Herr Lindner, das klappt alles nicht so richtig.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang einige Ausführungen zur Situation der Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen machen. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse ist hier im letzten Jahr um 1 % gestiegen.

Für das wirtschaftspolitische Umfeld, in dem auch Nordrhein-Westfalen unterwegs ist, ist das ein gutes Signal für die wirtschaftliche Stärke in diesem Land.

Wenn man einen Blick in die aktuellen saisonbereinigten Konjunkturdaten wirft, die die Deutsche Bundesbank regelmäßig zur Verfügung stellt, dann erkennt man, dass wesentliche Indikatoren der konjunkturellen Entwicklung in unserem Land – die Industrie und die Produktion im produzierenden Gewerbe – positiv von denen des Bundes abweichen.

Entsprechend entwickelt sich das bereits erwähnte ifo-Geschäftsklima hierzulande besser als im Bund.

Eines würde mich interessieren: Wir sprechen über den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen. Wenn Ihrer Meinung nach die nordrhein-westfälische Landesregierung alles falsch macht, wie kommt es dann, dass immerhin 28 % aller ausländischen Direktinvestitionen in der Bundesrepublik nach Nordrhein-Westfalen gehen? Wir reden immerhin von 189 Milliarden €.

Das ist Ausdruck der Wirtschaftsstärke dieses Landes. Das Land und die Wirtschaft in diesem Land haben es verdient, dies einmal deutlich auszusprechen.

(Beifall von der SPD)

Deswegen sage ich: Die Art und Weise, wie Sie mit dem Haushaltsentwurf umgehen, zeigt die Qualität Ihrer Politik.

In Ihrem Antrag zum Einzelplan 14, meine sehr verehrten Damen und Herren von der CDU, steht: Wir reduzieren den Ansatz im Personalausgabenbereich, Personalhaushalt 14, durch die Abschaffung des Tariftreue- und Vergabegesetzes. Dann kann auf die in § 15 Tariftreue- und Vergabegesetz vorgesehene Prüfbehörde verzichtet werden. Der Personalansatz ist entsprechend zu reduzieren. Sie gehen von einer Reduzierung um 17 Millionen € aus.

Nur: Sie haben den Haushalt überhaupt nicht gelesen. Denn diese 17 Millionen € sind gar nicht in den Haushalt eingestellt. Das ist die Qualität Ihrer Haushaltspolitik und Ihrer Sparvorschläge, die Sie diesem Hohen Hause unterbreitet haben.

Ich sage Ihnen sehr deutlich: Machen Sie doch erst einmal Ihre Hausaufgaben, bevor Sie hier mit einer solchen Attitüde auftreten und versuchen, den Wirtschaftsminister zu diskreditieren. Ihr Verhalten ist nicht geeignet, hier eine vernünftige Debatte über den Haushaltplan des Ressorts Wirtschaft in Gang zu setzen.

Wir haben die Schwerpunkte im Haushalt richtig gesetzt. Wir werden die Handwerksförderung weiter fortschreiben. Wir haben mit dem Bereich „Mittelstand“ und der Umsetzung des Mittelstandsgesetzes unter Einrichtung der Clearingstelle den richtigen Weg gewählt, um den Mittelstand perspektivisch zu stärken.

Wir stärken den Bereich „Außenwirtschaft und Tourismus“. Ich sage Ihnen: Wir werden unser Markenzeichen, das auch unser Minister mittlerweile verkörpert – nämlich „Dialog statt Zukunft“ –, fortsetzen. Nicht nur dieses Programm, auch unser Wirtschaftsminister hat sich mittlerweile eine hohe Akzeptanz erarbeitet.

(Lutz Lienenkämper [CDU]: Reine Autosuggestion!)

Diese erfolgreiche Politik wird durch den Haushaltsansatz fortgeschrieben. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Nächster Redner für die FDP-Fraktion ist der Kollege Bombis.

Ralph Bombis (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach wie vor befindet sich die Wirtschaft in vielen Teilen der Welt in einer erheblichen Krise. Nicht nur in Japan oder den USA, sondern auch in Europa haben viele Länder mit steigenden Arbeitslosenzahlen und sinkenden Einnahmen sowie anderen negativen Folgen zu kämpfen.

Wir in Deutschland sind insgesamt gut durch die Verschuldungs-, Finanz- und Eurokrise gekommen. Wirtschafts- und arbeitsmarktpolitisch gehören wir zu den Musterschülern in Europa, mit so vielen Beschäftigten wie noch nie, geringer Jugendarbeitslosigkeit und einem hervorragenden Wohlstandsniveau im internationalen Vergleich.

Wir in NRW – das will ich durchaus zugestehen – haben daran durchaus einigen Anteil. Für sich genommen ist NRW die achtzehntgrößte Volkswirtschaft der Welt. In Deutschland sind wir der Exportmeister.

Die NRW-Wirtschaft ist geprägt von einer gesunden Mischung aus Großunternehmen und einer Vielzahl von Mittelständlern. Die Hälfte der 50 umsatzstärksten Firmen in Deutschland hat ihren Hauptsitz in Nordrhein-Westfalen. Wichtig ist dabei: Der Wirtschaftsstandort profitiert vor allem vom enormen Innovationspotenzial der Wirtschaft. – So weit die guten Nachrichten.

NRW hat sich allerdings in den letzten Jahren, gerade in den Krisenjahren, nicht als Wachstumslokomotive erwiesen. Das müssen Sie – auch Sie, Kollege Bell – zur Kenntnis nehmen. Das Bruttoinlandsprodukt stagniert in NRW. Die Exportquote stagniert ebenfalls. Andere Bundesländer legen deutlich zu. Die Produktivität sinkt. Auch beim Thema „Arbeitslosigkeit“ entwickelt sich NRW leider nicht so positiv wie andere Länder. Wir sind ein starkes Land; aber wir verlieren an wirtschaftlicher Bedeutung.

Das liegt nicht an den Menschen und an den Unternehmen, die hier in Nordrhein-Westfalen arbeiten. Es liegt daran, dass wir im nationalen und im internationalen Vergleich immer provinzieller werden, weil Rot-Grün hier eine Politik macht, die die Gesellschaft und die Wirtschaft einer immer aufwendigeren Regulierung unterwirft.

(Beifall von der FDP)

Damit wird ein Bundesland immer weniger attraktiv für Investoren. So kann ein Bundesland nicht an Dynamik gewinnen, weil es mit der Bewältigung der neuen Regulierungen völlig überfordert ist. Fehlende Dynamik erschwert die Entfaltung der Innovationskraft der Menschen und gefährdet auf lange Sicht unseren Wohlstand.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, es müsste der Anspruch der Wirtschaftspolitik in Nordrhein-Westfalen sein, dass wir an der Spitze der wirtschaftlichen Dynamik stehen. Es müsste der Anspruch sein, dass wirtschaftspolitisch positive Rahmenbedingungen und Strukturen geschaffen werden.

Wie sieht aber die Wirklichkeit aus? Wie wird Nordrhein-Westfalen regiert? Herr Bell, Sie haben gesagt, der Kollege Wüst spreche hier negativ über Nordrhein-Westfalen. Der Kollege Wüst hat einige Punkte genannt. Ich zitiere einen IHK-Präsidenten, wie er in der „Rheinischen Post“ vom 13. Februar 2013 wiedergegeben ist

(Minister Garrelt Duin: Welchen?)

– das ist ein Zitat aus der „Rheinischen Post“, Herr Minister –: Der Wirtschaftsminister „hat klare und industriefreundliche Positionen“ – so weit Zustimmung –, „aber er setzt sie nicht durch“; so weit ebenfalls Zustimmung.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Der Präsident der Wirtschaftsvereinigung Stahl, Hans Jürgen Kerckhoff, kritisiert:

„Sonntags loben die politischen Eliten die Bedeutung der Industrie. Werktags werden neue Hindernisse für Wachstum und Beschäftigung errichtet.“

(Christian Lindner [FDP]: So ist es!)

Auch der Präsident der Unternehmerverbände, Horst-Werner Maier-Hunke, kritisiert Verschuldungspolitik, Klimaregulierung, Arbeitsmarktregulierung und Vergaberegulierung durch diese Landesregierung.

Das ist die Wahrheit, Herr Bell. – So viel zu der Meinung der Wirtschaft.

(Beifall von der FDP und Christian Möbius [CDU] – Christian Lindner [FDP]: Man könnte noch die IG BCE zitieren!)

Auch wenn das immerwährende Bemühen und die wohlgesetzten Worte diesem Wirtschaftsminister immer noch zugutegehalten werden – das gestehe ich auch zu –, war das Beste, was man zuletzt über ihn lesen konnte – es tut mir herzlich leid; das kommt nicht von mir –: Duin kommt immer, und immer pünktlich.

Das ist aber nicht genug.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Es passt aber zu der eigenen Aussage des Ministers, er könne tatsächlich vor allem rhetorisch wirken. Er fügt selbst hinzu: Von mir wird es keine großen Gesetze geben.

Ich sage Ihnen für unsere Fraktion, Herr Minister: Das erwarten wir gar nicht von Ihnen. Wir erwarten keine großen Gesetze von Ihnen. Wir erwarten von Ihnen aber, dass die großen und die kleinen Gesetze, mit denen unsere Wirtschaft traktiert wird, mit denen sie reguliert und besteuert wird, verhindert werden oder wenigstens verbessert werden. Das kann man von einem Wirtschaftsminister sehr wohl erwarten.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Lenken Sie nicht davon ab, Herr Minister, dass Sie durchaus für Themenbereiche selber verantwortlich sind. Sie können nicht nur rhetorisch wirken. Ich will das an einigen Beispielen, die hier auch schon angeklungen sind, kurz festmachen.

Das Tariftreue- und Vergabegesetz ist ein klassisches rot-grünes Gesetz. Ob nun geerbt oder nicht, ist im Kabinett dafür aber niemand anderes verantwortlich als der Wirtschaftsminister selber. Sie verantworten dieses Gesetz. Sie verantworten vor allen Dingen die jetzt vorliegende Rechtsverordnung, die 64 Seiten Papier, noch einmal etliche Paragraphen, sechs Antragsformulare und Erläuterungshinweise dazu umfasst.

(Ralf Witzel [FDP]: Eben! So ein Unsinn!)

Es ist bereits ein Kurzkomentar von 300 Seiten zu diesem Gesetz erschienen. Da ist es natürlich umso verständlicher, dass Sie jetzt noch einmal die angesprochenen zwei Erläuterungsbände für Unternehmen und Kommunen hinterherschoben müssen.

Wie viele Stellen, glauben Sie eigentlich, wird dieses Gesetz in Ihrem Ministerium in den kommenden Jahren kosten? Wirtschaftsverbände, Kommunen und der gesamte Mittelstand kritisieren es massiv. Alles wird komplexer. Der Wettbewerb leidet. Alles wird teurer.

Herr Kollege Bell, Sie haben den Mindestlohn angesprochen. Ich weiß ja nicht, in welchem Land Sie leben. Aber unter Schwarz-Gelb hat es in den letzten Jahren durchaus Vereinbarungen über Mindestlöhne gegeben. Was wir ablehnen, ist ein flächendeckender politischer Mindestlohn, weil er total außer Acht lässt, dass es in diesem Land unterschiedliche Lebensverhältnisse gibt, und weil wir nicht den Mindestlohn irgendwelchen Politiker vor irgendwelchen Wahlterminen übereignen wollen. Das ist der falsche Weg.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Meine Damen und Herren, dieses Tariftreue- und Vergabegesetz ist Irrsinn. Es bedeutet eine irrsinnige Bürokratie. Das sagt die Wirtschaft. Das sagen

die Kommunen. Das sagen wir auch. Wir sagen ganz klar: Wir haben 2006 mit dem damaligen Tariftreuegesetz den einzig richtigen Schritt gemacht und es abgeschafft. Wir fordern Sie auf: Schaffen Sie dieses Tariftreue- und Vergabegesetz ab. Das ist der einzig richtige Weg und die einzig richtige Konsequenz aus der Anhörung in der letzten Woche.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Zum Ladenöffnungsgesetz ist bereits viel gesagt worden. Ich will das nicht alles wiederholen. Auch hier beschränken Sie völlig ohne Not die Zahl der Sonntage auf zwölf Kalendersonntage. Das Gesetz von Schwarz-Gelb genießt eine hohe Akzeptanz. Lediglich Kirchen und Gewerkschaften haben einige Dinge auszusetzen. Aber auch sie konnten letztlich gut damit leben. Verzichten Sie also auf die unnötige Regulierungswut. Sie führen wieder einen Ladenschluss für den Einzelhandel an Samstagen ein, um gleichzeitig ein antragsbezogenes Late-Night-Shopping einzurichten. Besser kann man Regulierungswut doch nicht beschreiben. Lassen Sie es einfach sein. Das wäre der richtige Weg.

(Beifall von der FDP)

Ich möchte das Thema „Steuern und Abgaben“ auch noch einmal kurz ansprechen. Es ist hier bereits angeklungen. Wir haben hier zur Kenntnis genommen, dass die Ministerpräsidentin und dieses Kabinett sich vollständig von dem Gedanken verabschiedet haben, dass man Wachstumsimpulse auch setzen kann, indem man einfachere Steuersysteme oder Steuerentlastungen schafft. Herr Duin, von Ihnen als Wirtschaftsminister erwarten wir dann aber schon, dass Sie der Steuererhöhungsfantasie aller Teile dieser Regierung wenigstens einmal ein kritisches Wort oder mahnenden Widerstand entgegensetzen.

Ganz konkret gilt das beim Wasserentnahmeentgeltgesetz. Das ist kein rhetorisches Thema. Da können Sie ganz konkret sagen: Nein, nachdem vor zwei Jahren eine Erhöhung stattgefunden hat, wird es jetzt nicht schon wieder erhöht. Es darf nicht schon wieder eine Erhöhung um 10 % geben – völlig ohne Not und eindeutig auf Kosten der Industrie.

Zur Wettbewerbsfähigkeit der Industrie ist auch schon einiges gesagt worden. Der Kollege Wüst hat über die schleichende Deindustrialisierung des Standorts NRW geredet. Wir haben es gerade vor zwei Tagen von Prof. Hüther hören können, der das untersucht hat. Das Investitionsklima in der Industrie ist schwieriger. Das hat natürlich auch etwas mit Gesetzesvorhaben wie dem Klimaschutzgesetz zu tun. Wir haben in Deutschland nach wie vor die guten Standortqualitäten, aber wir fallen zurück. Nordrhein-Westfalen als wichtiger Industriestandort fällt eben auch zurück, weil er davon überproportional betroffen ist.

Wenn Sie dieser Regulierungswut, diesen Abgaben als Wirtschaftsminister nicht entgegentreten, wer soll es denn dann in dieser Landesregierung tun?

(Beifall von der FDP und Lutz Lienenkämper [CDU])

Entscheidend ist, dass wir die Rahmenbedingungen für die Landespolitik richtig stellen. Wir müssen davon absehen, dass wir immer weiter die Produktion, die Wirtschaft hier in Nordrhein-Westfalen belasten.

Als letzten Punkt möchte ich noch etwas zur Vermögensteuer sagen; auch das ist bereits angeklingen. Die Vermögensteuer, die von Nordrhein-Westfalen im Bundesrat initiiert worden ist, ist doch in Wahrheit keine Steuer, die die Reichen belasten wird. Die Problematik ist doch – das hat das Bundesverfassungsgericht in der alten Ausgestaltung klar entschieden –, dass Sie es auch zukünftig nicht schaffen werden, Betriebsvermögen und Privatvermögen zu trennen. Damit wird das keine Vermögensteuer, es wird eine klassische Mittelstandssteuer werden, die viele kleine und mittlere Betriebe ...

Vizepräsident Daniel Düngel: Herr Kollege, Ihre Redezeit.

Ralph Bombis (FDP): Ich komme zum Schluss.

... als Substanzbesteuerung erleben werden. Damit wird es zu Existenzbedrohungen kommen, mindestens aber zum Verlust von Arbeitsplätzen, zum Verlust von Dynamik. Es kann doch nicht richtig sein, dass der Wirtschaftsminister in diesem Land zu dieser Initiative schweigt.

(Beifall von der FDP)

Ich halte zusammenfassend fest: Diese Regierung beschreitet vor allen Dingen in der Umwelt- und in der Finanzpolitik, aber auch in anderen Feldern einen nordrhein-westfälischen Sonderweg, der unsere Wirtschaft belastet, ihre Dynamik bremst, letztlich unseren Wohlstand gefährdet.

Ich sage ganz klar: Herr Wirtschaftsminister, Sie haben die Pflicht, hier Ihre Rolle einzunehmen, nicht als rhetorisch moderierender Begleiter eines nordrhein-westfälischen Sonderwegs, sondern als Anwalt der nordrhein-westfälischen Wirtschaft, nicht nur in schönen Sonntagsreden, sondern ganz konkret. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Herr Kollege Bombis. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht die Kollegin Schneckenburger.

Daniela Schneckenburger (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Her-

ren! Wir führen hier eine Debatte um den Einzelplan 14, um den Haushalt des Wirtschaftsministeriums. Wir, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, sind der Überzeugung, dass der Ihnen hier vorliegende Einzelplan 14 ein guter Entwurf ist, ein guter Einzelplan ist, weil er die Linien richtig setzt, weil er maßvoll auf die Einsparungen mit Blick auf die Schuldenbremse 2020 hin orientiert und gleichzeitig aber die Möglichkeit eröffnet, für dieses Land notwendige wirtschaftspolitische Impulse zu setzen.

Ich will das einmal deutlich machen: Wir haben sehr genau darauf geachtet, dass das, was für Nordrhein-Westfalen zukünftig von existenzieller wirtschaftlicher Bedeutung ist, nämlich die Förderung des Mittelstandes, die Unterstützung von Neugründungen und die Stärkung regionaler Wirtschaftsstrukturen wie bisher im notwendigen Maß und ohne qualitative Einschränkung erledigt werden kann, auch dann, wenn sich dieser Einzelplan genauso wie der Haushalt insgesamt an eine Reduzierung der öffentlichen Ausgaben orientiert.

Unser Interesse ist es eben nicht, öffentliche Aufgaben zu reduzieren, sondern durch eine entsprechende Kürzung der Ausgaben sich auf 2020 hin zu orientieren. Darum enthält dieser Einzelplan auch notwendige wirtschaftspolitische Prioritäten, die eine Wirtschafts- und Haushaltspolitik mit Augenmaß setzen muss.

Für uns entstehen neue Arbeitsplätze vornehmlich im Bereich der kleinen und mittelständischen Unternehmen durch eine diversifizierte Wirtschaftsstruktur in Nordrhein-Westfalen. Wer hier kürzen würde, wer hier gekürzt hätte, hätte der wirtschaftlichen Entwicklung in unserem Land nachhaltig geschadet. Darum tun wir das auch nicht. Darum setzen wir an dieser Stelle die richtigen Impulse. Dazu gehört gerade das Handwerk in Nordrhein-Westfalen. Der Kollege Bell hat es eben angesprochen: die Meistergründungsprämie als wichtiges Standbein der kleinen und mittleren Unternehmensstruktur in diesem Land.

Wir haben also darauf geachtet, dass genau diese Mittel erhalten bleiben; ich will es noch einmal deutlich machen. Dem dient auch das Mittelstandsgesetz. Ich höre, dass Sie anderer Auffassung sind. Einerseits haben FDP und CDU in der Debatte gestern darauf gedrängt, dass die Clearingstelle kurzfristig ihre Arbeit aufnimmt. Das war Ihnen sehr wichtig. Die Clearingstelle soll schnell und effizient arbeiten. Andererseits sind Sie aber nicht bereit, die notwendigen Haushaltsmittel dafür zur Verfügung zu stellen. Das mag verstehen, wer will. Sie lehnen das Mittelstandsgesetz ab, begrüßen aber das Instrument, fordern es sogar ein, stellen aber keine Finanzierung dafür zur Verfügung. Ich finde, das ist keine konsistente Politik.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Mit dem Mittelstandsgesetz und der darin verankerten Mittelstandsverträglichkeitsprüfung von Initiativen der Landesregierung haben wir ein wichtiges Instrument geschaffen, das auch sehr breit begrüßt worden ist und mit dem die Rahmenbedingungen wirtschaftlichen Handelns von kleinen und mittleren Unternehmen verbessert werden können.

Ich will einen weiteren Punkt nennen: Auch da würde ich Ihnen vorschlagen, Ihre Zustimmung zum Einzelplan 14 zu überdenken. Denn Sie haben im Grundsatz Ihre Zustimmung zu den Initiativen der Landesregierung zur Förderung des Tourismus in Nordrhein-Westfalen signalisiert. Wir haben durch den entsprechenden Antrag deutlich gemacht, dass wir die Position des Reiselandes Nordrhein-Westfalen weiter ausbauen wollen. Das hat übrigens seinen Grund auch darin, dass mit einem Bruttoumsatz von 31,3 Milliarden € dieser Sektor immerhin rund 3,5 % zum Bruttosozialprodukt beiträgt, also nicht zu vernachlässigen ist.

Was vielleicht noch entscheidender ist: Es geht hier gerade um einen wichtigen wirtschaftlichen Impuls in den Regionen Nordrhein-Westfalens, in den ländlichen Räumen Nordrhein-Westfalens, wo Arbeitsplätze vorhanden sind, stabilisiert werden müssen, aber auch noch weiter entstehen können. Da gibt es eine Dynamik in der Entwicklung, die man noch weiter unterstützen muss. Darum setzen wir uns mit diesem Haushalt dafür ein, weitere Förderungen des Tourismus aus den Mitteln der EU in der kommenden Förderperiode zu ermöglichen. Wir stärken den Tourismus NRW e. V. mit einer gesicherten Förderung in Höhe von ca. 1,4 Millionen €.

Sie haben also als CDU und FDP zwar im Grundsatz Zustimmung signalisiert, aber wenn es dann ums Konkrete geht, nämlich darum, auch einzuschlagen und die Mittel dafür bereitzustellen, dann ziehen Sie sich in eine fundamentale Verweigerungsopposition zurück. Das ist etwas, was verstehen kann, wer will. Ich kann es leider nicht verstehen.

Ich will einen weiteren Punkt benennen: Wir unterstützen die Existenzgründung und sichern die Beratung Gründungswilliger durch das „Startercenter NRW“, eine ganz zentrale und wichtige Aufgabe, genauso wie wir Jungunternehmerinnen und -unternehmer, junge Existenzgründerinnen und -gründer durch das Beratungsprogramm Wirtschaft NRW unterstützen. Weiterhin wird die Landesregierung das Ziel-2-Programm planmäßig zu Ende bringen, die angestoßenen Projekte weiterführen und für eine erfolgreiche Programmumsetzung sorgen.

Herr Wüst, dann kommen wir zu Ihrem Punkt: Ich kenne den Brief nicht, den Sie vorhin zitiert haben. Ich weiß nicht, was Sie meinen. Aber ich erinnere mich sehr gut an unseren kleinen Disput im Wirtschaftsausschuss um folgende Frage – das ist eine Frage, die Sie gestellt haben; darauf habe ich auch geantwortet –: Will die Landesregierung Schrottim-

mobilien mit EU-Fördergeldern aufkaufen? Ist das der Vorschlag der Enquetekommission?

Darauf habe ich Ihnen geantwortet und habe gesagt: Nein, der Vorschlag der Enquetekommission ist es zu überprüfen, ob ein revolvingender Fonds geschaffen werden kann, ein Stadtentwicklungsfonds, in den in der Tat EFRE-Mittel eingelegt werden können, die aber nicht verzehrt werden sollen. Es geht vielmehr um einen revolvingenden Fonds mit dem Ziel, auch privates Kapital einzuwerben, um für die Wohnungswirtschaft letztlich einen Impuls zu erzeugen. Es geht also im Gegensatz zu dem, was Sie suggeriert haben, nicht darum, EU-Fördermittel an dieser Stelle für den Kauf von Immobilien auszuschütten und sie zu verzehren, sondern es geht genau darum zu prüfen, mit welchen Instrumenten Stadtentwicklungspolitik und auch die Wohnungswirtschaft im Ergebnis unterstützt werden können, aber nicht durch einen Verzehr der Mittel, sondern durch einen revolvingenden Fonds.

(Vorsitz: Vizepräsident Eckhard Uhlenberg)

Vielleicht haben Sie es nicht so genau beobachtet. Aber das ist in der Wohnungswirtschaft ein geübtes Verfahren, weil wir bereits einen revolvingenden Fonds haben, nämlich zur Wohnungsförderung in Nordrhein-Westfalen. Es ist also kein neues Instrument, sondern wäre ein bekanntes Instrument, wenn es sich so übertragen ließe. Die EU hat auch die entsprechenden rechtlichen Voraussetzungen geschaffen. Wo ist also der Punkt der Differenz zu den Aussagen im Wirtschaftsausschuss? Es tut mir sehr leid; ich kann ihn nicht erkennen.

Der Schwerpunkt wird für uns darauf liegen, die Grundlagen für die kommende Förderperiode zu legen. Das ist die entscheidendere Frage, um die es eigentlich geht. Das wird uns auch in den nächsten Monaten ganz entscheidend beschäftigen. Dabei wird es darum gehen, für die Förderperiode 2014 die richtigen Impulse zu geben und die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen. Das tun wir durchaus in dem Wissen darum, dass es eine schwierige Lage gibt und die Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung in Nordrhein-Westfalen und in Europa zum jetzigen Zeitpunkt mitnichten klar sind.

Das sind die Impulse, die die Landesregierung setzt. Das ist der Grund, warum wir zu dem Einzelplan 14 zustimmen und auch der Meinung sind, dass er richtig aufgestellt ist.

Ich will aber jetzt noch einmal auf den Punkt zu sprechen kommen, den die CDU in den vergangenen Wochen hervorgehoben hat. Sie haben gesagt: Die CDU leistet einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung in Nordrhein-Westfalen, und wir sagen jetzt auch einmal, wo man in Nordrhein-Westfalen und wo man besonders im Wirtschaftsbereich kürzen kann.

Da schlagen Sie zum einen eine Abschaffung des Tariftreue- und Vergabegesetzes vor und erhoffen sich zusätzliche Mittel aufgrund des Wegfalls des Personals für die Prüfbehörde. Dazu hat der Kollege Bell schon einiges gesagt. Da rechnen Sie mit falschen Zahlen. Man weiß überhaupt nicht, warum Sie 15 Stellen kürzen wollen, die im Haushalt nicht vorhanden sind.

Ich will aber auch noch einmal eine andere Frage stellen: Was ist eigentlich konservativ, Herr Wüst? Was ist eigentlich an einer Wirtschaftspolitik der CDU konservativ, Menschen in den Transferleistungsbezug zu drängen, indem man ihnen einen Mindestlohn und einen vergabespezifischen Mindestlohn verweigert?

(Zuruf von Ralph Bombis [FDP])

Was ist eigentlich daran konservative und wertorientierte Politik? Ich kann es nicht verstehen. Man kann an verschiedenen Stellen nicht mehr verstehen, was bei Ihnen eigentlich noch konservative Politik ist.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Aber an dieser Stelle will ich das noch einmal fragen.

Zweiter Punkt: Was ist eigentlich konservativ daran, den Sonntagsschutz in Nordrhein-Westfalen komplett auszuhöhlen? Worin besteht eigentlich die wertorientierte Politik der CDU? – Sie schütteln den Kopf, Herr Laumann. Diese Auseinandersetzung hatten wir schon einmal.

Was ist eigentlich konservativ daran, den Sonntagschutz zu schleifen

(Widerspruch von Karl-Josef Laumann [CDU])

und dafür zu sorgen, dass für Arbeitnehmerfamilien nicht einmal ein Tag der Ruhe bleibt? Wir haben gesagt, wir gehen in eine moderate Änderung des Ladenöffnungsgesetzes, und wir gehen genau an dieser Stelle hinein,

(Widerspruch von Karl-Josef Laumann [CDU])

weil uns, Herr Laumann, die Werteorientierung ausgesprochen wichtig ist.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Frau Abgeordnete, würden Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Bombis zulassen?

Daniela Schneckenburger (GRÜNE): Ja, bitte.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön, Herr Bombis.

Ralph Bombis (FDP): Vielen Dank, Frau Schneckenburger, dass Sie die Zwischenfrage zulassen.

Frau Schneckenburger, weil Sie über Mindestlohnthematik hier so sprechen, als hätten wir hier ein Riesenproblem, frage ich Sie: Sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass die Zahl der voll erwerbstätigen Singles, die zusätzlich Transferleistungen in diesem Bereich empfangen haben, in den letzten Jahren die Marke von 80.000 nicht überschritten hat, dass es also hier mitnichten ein flächendeckendes Problem gibt, so wie Sie immer wieder den Eindruck zu erwecken versuchen?

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Frau Abgeordnete, bitte.

Daniela Schneckenburger (GRÜNE): Herr Bombis, ich versuche überhaupt keinen Eindruck zu erwecken. Ich weiß nicht, ob Sie bereit sind, zur Kenntnis zu nehmen, dass die Kommunen in Nordrhein-Westfalen seit Jahren die Erhöhung der Kosten der Unterkunft beklagen, und zwar deswegen,

(Zuruf von Ralph Bombis [FDP])

weil die Zahl der Aufstockerinnen und Aufstocker in Nordrhein-Westfalen steigt. Meines Erachtens ist dies einmal etwas, was die FDP zur Kenntnis nehmen sollte.

(Ralph Bombis [FDP]: Nein!)

Nehmen Sie eigentlich zur Kenntnis, dass es in Nordrhein-Westfalen Menschen gibt, die vollzeitberufstätig sind, die sich mitnichten in irgendeine soziale Hängematte legen, aber dennoch nicht in der Lage sind, aus ihrem Gehalt eine Familie zu ernähren,

(Christian Lindner [FDP]: Eine Familie!)

dass sie zum Teil noch nicht einmal in der Lage sind, aus zwei Gehältern eine Familie zu ernähren?

(Christian Lindner [FDP]: Für eine Familie reichen aber 8,50 € nicht aus!)

Nehmen Sie auch zur Kenntnis, dass in Nordrhein-Westfalen 50 Milliarden € durch die öffentliche Hand vergeben werden

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

und dass wir in einer wirtschaftlichen und sozialen Verantwortung dafür stehen?

(Ralph Bombis [FDP]: Wie wollen Sie denn von 8,50 € eine Familie ernähren?)

– Entschuldigung, ich habe Sie nicht verstanden.

(Ralph Bombis [FDP]: Wie wollen Sie von 8,50 € denn dann eine Familie ernähren? – Weiterer Zuruf: Er darf gar nicht mehr!)

Sehr geehrter Herr Bombis, ...

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter, bei einer erneuten Zwischenfrage muss man sich melden,

(Ralph Bombis [FDP]: Nein, ich habe ...!)

und der Präsident gibt dann noch einmal das Wort.

(Ralph Bombis [FDP]: Ich habe das Mikro ...!)

Frau Abgeordnete Schneckenburger, würden Sie noch einmal eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Bombis gestatten?

Daniela Schneckenburger (GRÜNE): Ja, bitte.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Nein, sie ist gerade zurückgezogen worden.

Daniela Schneckenburger (GRÜNE): Zurückgezogen oder Frage?

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Frau Kollegin Schneckenburger, Sie haben das Wort.

Daniela Schneckenburger (GRÜNE): Herzlichen Dank, Herr Präsident. – Ich möchte auf den zweiten Vorschlag der CDU-Fraktion bezüglich der Optimierung der Kofinanzierung bei der Wirtschaftsförderung Bezug nehmen. Sie behaupten, Bund und Länder würden dem Land im Jahre 2013 232 Millionen € für die Wirtschaftsförderung zur Verfügung stellen. Wir glauben, dass es sich dabei um einen Rechenfehler handelt. Das, was Sie da ausgerechnet haben, können wir jedenfalls nicht nachvollziehen. Wir kommen auf einen Unterschied von 30 Millionen €.

Sie schlagen vor, einen Teil der Kofinanzierung des Landes durch Sachleistungen oder Drittmittel zu erbringen. Es tut uns leid, das lässt der Bund nicht zu.

Unterm Strich, sehr geehrte Damen und Herren, ist festzustellen: Ihre Kürzungsvorschläge zum Einzelplan 14 sind weder in sich konsistent noch stellen sie eine Wirtschaftsförderungspolitik des Landes dar, die Impulse für die Zukunft auslösen würde. Wir können nicht erkennen, dass es sachdienliche Hinweise bezüglich der Beratung des Einzelplans 14 gibt. Insofern halten wir die Vorschläge der CDU an dieser Stelle weder für sachdienlich noch vorwärtsweisend.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Frau Kollegin, Ihre Redezeit.

Daniela Schneckenburger (GRÜNE): Der Einzelplan 14 setzt die richtigen Impulse. Ich danke Ihnen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Kollegin Schneckenburger. – Für die Fraktion der Piraten spricht der Abgeordnete Schwerd.

Daniel Schwerd (PIRATEN): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Besucher, seid begrüßt! – „Mutlosigkeit“ – mit diesem Wort lässt sich der Haushalt 2013 des Wirtschaftsministeriums zusammenfassen. Herr Minister Duin, Sie hatten weder den Mut zu schmerzhaften Einschnitten noch zu einer richtungsweisenden Schwerpunktsetzung. Dieser Etat vermittelt keine Idee davon, welche Ziele Sie verfolgen.

(Stefan Engstfeld [GRÜNE]: Welche Einschnitte wollen Sie?)

Zugegeben, die Förderprogramme haben ihre Berechtigung und stützen die mittelständische Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen. Doch wo sind die neuen Akzente? Wo werden Mittel freigegeben, deren Verwendung nur aus bürokratischen Gründen erfolgt oder die aus Etats kommen, die historisch gewachsen sind? Wo sind die sie ersetzenden neuen Programme, die der Wirtschaft neue Impulse geben und den Menschen in NRW damit langfristig helfen? Hierfür wären mutige Entscheidungen nötig gewesen.

Zu Ihrer Entschuldigung, Herr Minister, muss ich feststellen, dass Sie nicht allzu viel Beifreiheit haben. Wie viel Gestaltungsspielraum hat ein Wirtschaftsminister heutzutage überhaupt? Den Großteil des Haushalts machen Kohlesubventionen und die Durchleitung von EU-Strukturförderungen aus, welche durch die Vorgaben aus Brüssel thematisch immer enger gefasst werden. Zugleich wird das Budget kleiner. Das ist ein Trend, der durch die angespannte Haushaltslage vermutlich nicht umzukehren ist.

Unsere Antwort aber ist: Gerade wenn der Handlungsspielraum immer kleiner wird, ist es notwendig denn je, eigene Akzente zu setzen.

Die wirklich entscheidenden Maßnahmen – Investitionen in Verkehrs- und Informationsinfrastruktur etwa, die die Grundlage eines jeden wirtschaftlichen Erfolges sind – werden inzwischen längst in anderen Ministerien getroffen. Nehmen Sie etwa das Breitband-Internet, das für ein modernes Unternehmen heute schon genauso wichtig ist wie der Strom- oder Wasseranschluss. Vom Wirtschaftsministerium kommt da fast gar nichts. Der Breitbandausbau liegt nahezu ausschließlich in der Hand des Landwirtschaftsministeriums.

Zudem erfolgt der Breitbandausbau in NRW viel zu langsam. Zwei Drittel der Haushalte im ländlichen Raum haben keinen Zugang zu Breitbandverbindungen von 50 Mbit pro Sekunde. Selbst eine Verbindung von 6 Mbit pro Sekunde steht jedem fünften Haushalt auf dem Lande nicht zur Verfügung.

Bayern wird in den nächsten drei Jahren 500 Millionen € in den Breitbandausbau stecken. NRW investiert gerade einmal etwa 9 Millionen € im Jahr. Dieses Geld kommt, wie gesagt, größtenteils von Herrn Minister Remmel.

Herr Minister Duin, wissen Sie, wie Ihr Amtskollege darüber denkt? Ich zitiere aus dem Protokoll des Umweltausschusses vom 24.10.2012: Darin heißt es zum Breitbandausbau:

„Er“

– also Minister Remmel –

„würde sich sehr freuen, wenn auch an anderer Stelle Mittel zur Verfügung gestellt werden könnten.“

Herr Duin, lassen Sie den Landwirtschaftsminister nicht alleine diese Aufgabe bewältigen.

Wir haben den Vorschlag gemacht, den Breitbandausbau aus dem Wirtschaftsetat mit weiteren 7 Millionen € pro Jahr zu fördern. Der Antrag wurde im Haushalts- und Finanzausschuss abgelehnt. Kein Wunder, alles andere hätte Mut erfordert.

(Beifall von den PIRATEN)

Sie selbst, Herr Duin, bezeichnen Ihre Aufgabe als Wirtschaftsminister als vor allem rhetorisch. Das ist entschieden zu wenig. Haben Sie irgendwelche Ideen, wie man aus NRW wieder einen Innovationsmotor machen kann? Bisher Fehlanzeige. Haben Sie irgendwelche Erklärungen, warum die Gefahr für eine Firma, Pleite zu gehen, in Nordrhein-Westfalen um 80 % höher ist als im Bundesdurchschnitt? Keine.

Wir bitten Sie, Herr Duin, uns endlich zu verraten, welchen Plan der Wirtschaftsminister für NRW hat. Für die ideen- und mutlose Fortschreibung des immer gleichen Wirtschaftshaushaltes braucht man keinen Minister.

Damit wären wir bei den Zahlen des Haushalts. Unter der rot-grünen Landesregierung sinkt der Betrag der zur Verfügung stehenden Mittel um ca. 3 % auf 811,8 Millionen €.

Herr Minister Duin stellt fest, dass im Haushaltsjahr 2013 strukturell 6,1 Millionen € eingespart werden sollen. Tatsächlich halten wir es für einen wichtigen politischen Auftrag, in Zeiten der Schuldenbremse Einsparpotenziale im Haushalt zu heben. Doch wir glauben, dass Sie im Wirtschaftsbereich an der falschen Stelle sparen; denn unter die Einsparungen fällt beispielsweise das Programm „Forschung, Innovation und Technologie“. Mit Bauchschmerzen haben wir registriert, dass die Mittel um fast 3 Millionen € gekürzt wurden, womit das Programm quasi eingestellt wurde. Ihre Begründung, das Programm sei einfach ausgelaufen, lassen wir nicht gelten. Ich kann nicht glauben, dass wir keine Förderung von Innovationen mehr nötig haben.

Statt ein wirklich innovatives Programm zu konzipieren, von dem auch gerade junge Unternehmen in NRW profitieren, haben Sie das Programm bewusst ins Leere laufen lassen. Sie sagen, dass die hier stattfindende Reduktion der Innovationsförderung im Forschungshaushalt kompensiert würde. Doch das stimmt so nicht. Dazu kommt, dass es sich bei dem Programm „Forschung, Innovation und Technologie“ um eine der wenigen Maßnahmen handelt, mit denen das Land bzw. das Wirtschaftsministerium überhaupt noch eigene Impulse hätten setzen können. Sie scheinen sich stattdessen fortan ganz auf die Durchleitung von EU-Mitteln konzentrieren zu wollen. Wirtschaftspolitische Weichenstellungen sehen anders aus. Auch hier lautet unser Fazit: Mutlosigkeit.

Wie könnte eine mutige Wirtschaftspolitik für NRW stattdessen aussehen? Ich möchte hier drei Punkte nennen, die wir Piraten zum Schwerpunkt unserer Wirtschaftspolitik machen würden und die man quasi sofort umsetzen könnte.

Erstens. Förderung des Breitbandausbaus: Ich habe schon erwähnt, dass eine schnelle Internetverbindung für viele Unternehmen unverzichtbar ist. Trotzdem gibt es in NRW immer noch erschreckend viele Orte, an denen gerade einmal eine Bandbreite von 2 Mbit/s gewährleistet ist. Das Ziel von Rot-Grün, bis 2018 alle Haushalte in NRW mit 50 Mbit/s zu versorgen, werden Sie mit dem bisherigen Ausbautempo deutlich verfehlen. Darum unsere Forderung: Stellen Sie sich der Herausforderung und setzen Sie neue Impulse in der Breitbandförderung!

Zweitens. Erarbeitung eines Masterplans Kreativwirtschaft: Die digitale Medien- und Kreativwirtschaft ist einer der Hoffnungsträger für nachhaltiges Wachstum in NRW. Anders als im produzierenden Gewerbe ist es in diesem Bereich viel leichter, eine Firma zu gründen. Ein Internetanschluss und eine gute Idee reichen fast schon aus. Zumeist wird nur noch ein im Vergleich sehr geringes Startkapital benötigt. Wir sollten uns daher viel stärker als zuvor darauf konzentrieren, Gründer in diesem Bereich zu unterstützen.

Drittens. Aufbrechen verkrusteter Strukturen: In Nordrhein-Westfalen gibt es 16 verschiedene Industrie- und Handelskammern; in Bayern gibt es neun. Jede dieser IHKs hat eigene Geschäftsführer und eine eigene Bürokratie. Das sind Doppelstrukturen in Reinform. Bezahlt werden diese durch Pflichtbeiträge der Unternehmen. Herr Minister, auch wenn Sie sich damit nicht beliebt machen, wir brauchen eine Reform der IHKs in NRW.

Das sind nur drei Vorschläge von vielen. Alle drei ließen sich sofort in die Wege leiten. Allerdings wäre hierfür ein politischer Wille vonnöten. Den kann ich bei Ihnen, Herr Minister Duin, bisher nicht erkennen, stattdessen: Mutlosigkeit. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Schwerd. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Duin.

Garrelt Duin, Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk: Vielen Dank. – Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte diese sehr breite Debatte über die wirtschaftspolitische Ausrichtung des Landes Nordrhein-Westfalen zunächst einmal dafür nutzen, Sie kurz über das zu informieren, was Sie auf Ihren iPhones und Smartphones aktuell an Agenturmeldungen zum Thema Tarifverhandlungen bei Opel aus Rüsselsheim lesen.

Vieles von dem, was bisher diskutiert worden ist, geht genau darum, wie wir es eigentlich schaffen können, Arbeitsplätze zu sichern und Unternehmen gute Rahmenbedingungen zu schaffen. Wir haben es aktuell nach den mir vorliegenden Informationen aus den Verhandlungskreisen damit zu tun, dass es eine Vereinbarung als Vorläufer für den Tarifvertrag gibt. Diese Vereinbarung enthält gute Botschaften, aber auch schwierige.

Die gute Botschaft lautet: Käme es zu einer endgültigen Einigung im Tarifvertrag, also auch zu einer Zustimmung durch die Mitglieder der IG Metall an allen Standorten, dann gäbe es eine Kfz-Produktion in Bochum bis zum Ende des Jahres 2016. Das Werk würde also nicht, wie an vielen Orten befürchtet, vorher geschlossen. Dies halte ich für ein gutes Signal.

(Beifall von der SPD)

Bochum soll als Komponenten- und Logistikstandort umgebaut werden. Dadurch wird eine vierstellige Zahl von Beschäftigten auch über das Ende des Jahres 2016 hinaus dort hochwertige industrielle und entsprechend entlohnte Arbeitsplätze behalten können. Auch dies halte ich für ein gutes Signal.

Wir sind dadurch in die Lage versetzt, das, was wir gemeinsam mit dem Unternehmen sowie der Gewerkschaft und dem Betriebsrat angestoßen haben und was sich unter der Überschrift „Bochum Perspektive 2022“ verbirgt, in die Tat umzusetzen. Wenn es, wovon ich jetzt ausgehe, zu einer endgültigen Einigung kommen wird, dann werde ich am 22. März, also zum Abschluss der nächsten Plenartagung, Ihnen vorstellen können, wen wir gewinnen konnten, um diese Arbeit für die Perspektive 2022 aufzunehmen, damit wir auch für alle, die nicht zu der vierstelligen Anzahl gehören, die im Bereich von Logistik und Komponentenfertigung Beschäftigung finden, die Zeit nutzen, um entsprechend gut entlohnte, industriell hochwertige Arbeitsplätze am Standort Bochum zu schaffen.

Noch offen ist, was aus den 700 Arbeitsplätzen wird, die durch die Streichung der Nachtschicht wegfallen. Es ist insbesondere für den Betriebsrat in Bochum eine enorme Herausforderung, darüber

nachzudenken, inwieweit man sich auf entsprechende Verhandlungen einlässt. Das ist sicherlich einer der Knackpunkte, bei denen wir sehen müssen, dass wir die Voraussetzungen für die anderen Bedingungen hier schaffen können; denn käme es nicht zu einer Vereinbarung auch über diese 700 dann wegfallenden Arbeitsplätze, wäre dies gleichbedeutend mit der doch vorzeitigen Schließung des Werkes.

Deswegen ist das eine fast unmenschliche Verantwortung, die Herr Einenkel und der Betriebsrat jetzt zu tragen haben. Ich bin aber ganz sicher, dass sie dieser Verantwortung in sehr vernünftiger Art und Weise gerecht werden. Wir werden sie dabei begleiten. Ich bin telefonisch mit Herrn Einenkel für den frühen Abend verabredet und will ihm deutlich sagen, dass wir alle hier im Landtag nach wie vor, wie wir es letztens in einer Aktuellen Stunde zum Ausdruck gebracht haben, an der Seite der Beschäftigten sind und alles dafür tun wollen, dass eine möglichst lange Perspektive für möglichst viele der Beschäftigten erarbeitet werden kann.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

Meine Damen und Herren, es ist von verschiedener Seite manches zu der Art und Weise gesagt worden, wie ich arbeite und wie das wahrgenommen wird. Ich nehme mit Freude zur Kenntnis, wenn zum Beispiel Herr Wüst sagt, er habe mich am Dienstagabend bei der Veranstaltung der Stahlindustrie gehört – einige von Ihnen waren ja auch anwesend – und würde jeden Satz unterstreichen und unterschreiben, den ich dort gesagt hätte. An dieser Stelle will ich nur darauf hinweisen, dass ich nicht zu denen gehöre, die etwas sagen, was das jeweilige Publikum gerne hören will. Vielmehr nenne ich immer dieselben inhaltlichen Punkte. Auch bei der Stahlindustrie habe ich zum Beispiel sehr deutlich gemacht, dass diese Landesregierung inklusive des Wirtschaftsministers dafür steht, dass wir unsere Klimaschutzziele auch auf der Grundlage des Klimaschutzgesetzes und eines noch zu erarbeitenden Klimaschutzplanes erreichen wollen.

(Beifall von der SPD)

Wir machen das nämlich nicht je nach Zuhörerschaft, also so nach dem Motto: Hier mal das und dort mal das erzählen. – Nein, das gehört zu einer Gesamtkonzeption.

(Beifall von der SPD)

Ich bin interessiert daran, wie lange Herr Maier-Hunke die Rolle Ihres Kronzeugen noch wahrnimmt. Aber ich habe überhaupt nicht den Anspruch, meine Arbeit kritikfrei machen zu wollen. Wir haben zum Beispiel von den Gewerkschaften massive Kritik zum Thema „Ladenöffnungsgesetz“ gehört. Insofern ist es auch völlig normal, dass Herr Maier-Hunke Kritik äußert. Ja, bitte sehr!

(Lutz Lienenkämper [CDU]: Bei der Arbeit ist das doch auch klar!)

Mein Selbstverständnis eines Wirtschaftsministers von Nordrhein-Westfalen entspricht ganz sicher nicht dem eines blinden Erfüllungsgehilfen von Arbeitgeberverbänden.

(Beifall von der SPD)

Es geht nicht darum, mit Geld und großen Gesetzen, sondern auf der Grundlage von Kommunikation und Kooperation die Akteure ernst zu nehmen und zusammenzubringen und auf diese Weise eine wirtschaftspolitische Idee für die Zukunft des Landes zu entwickeln. Genau darum geht es. Und wer sich ein bisschen mit moderner Wirtschaftspolitik befasst, weiß, dass gerade die Themen „Kommunikation“ und „Kooperation“ von allen Beteiligten sehr ernst genommen werden, weil wir wissen, dass wir die Dinge nicht mehr über einen Haushalt bzw. über das reine Geldausgeben werden regeln können.

Genau so habe ich es auch öffentlich gesagt. Ich habe gesagt, dass dieses Handeln im Mittelpunkt meiner täglichen Arbeit steht.

Gleichwohl steht uns ein bisschen Geld zur Verfügung, und wir unterstützen beispielsweise das Handwerk im engsten Bereich institutionell mit 2,7 Millionen €. Deswegen unterstützen wir den Gang des Meisters, der Meisterin in die Selbstständigkeit wiederum mit unverändert 6 Millionen €.

Sie können mir vorwerfen – jetzt möchte ich nicht aus dem Nähkästchen plaudern –, dass es dabei auch zu Auseinandersetzungen kommt. Aber ich habe ganz klar gesagt, dass der Schritt in die Selbstständigkeit ein hohes Gut ist. Wir müssen jungen Menschen Mut machen, den Schritt in die Selbstständigkeit zu wagen. Deswegen ist auch dieser kleine Beitrag, der inzwischen von über 15.000 jungen Frauen und Männern in Anspruch genommen worden ist, ein guter Beitrag, um den Weg in die Selbstständigkeit positiv zu begleiten. Dieses Geld ist gut angelegtes Geld.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir unterstützen Gründungen nicht nur bei den Handwerksmeistern. Wir haben verschiedene Formate dafür gefunden. Insbesondere die 82 STARTCENTER NRW, die wir im ganzen Land in Kooperation mit den Kammern gegründet haben, erleichtern diesen Schritt, und es gibt viele gute Beispiele, die wir ins Schaufenster stellen müssen, um die Menschen zu ermutigen, den Weg in die Selbstständigkeit zu beschreiten.

Darüber hinaus unterstützen wir ganz konkret die Projekte in den definierten Leitmärkten. Ich kann jetzt nicht noch einmal auf alle Leitmärkte eingehen, aber ich will deutlich sagen, dass dabei natürlich insbesondere das Thema „Informations- und Kommunikationstechnologie“ eine große Rolle spielt. So werden 86 % des Mobilfunkmarktes von Unterneh-

men abgedeckt, die in Nordrhein-Westfalen ansässig sind. Insofern ist es doch klar, dass wir in diesem Bereich besonders aktiv sein müssen.

In Essen fand der Nationale IT-Gipfel statt, und es wird sich nicht so entwickeln, wie es manche vielleicht erwartet haben. Dieser Nationale IT-Gipfel wird kein Strohfeuer nach dem Motto „Das hat dann einmal hier stattgefunden“ sein, sondern wir werden kontinuierlich mit den interessierten Unternehmen und der Wissenschaft an diesem Thema dranbleiben und die Arbeit in diesem Leitmarkt fortsetzen.

Dasselbe gilt für das Thema „Kreativwirtschaft“, Herr Schwerd. Ich habe es bereits mehrfach betont, dass dies einer der Bereiche ist, in dem ich mich persönlich besonders engagiere. Sie hätten mich am letzten Freitag begleiten können, als ich die Kreativquartiere in Dortmund, in Herten – dort haben Sie ein solches vielleicht gar nicht vermutet – und in Essen im Unperfekthaus besucht und dort zum Abschluss mit Kreativschaffenden aus ganz Nordrhein-Westfalen – nicht nur aus dem Ruhrgebiet – zusammengesessen habe.

Aber warum sollte ich so etwas Masterplan nennen und dicke Backen machen? – Das Entscheidende ist doch, dass man tatsächlich mit den Leuten, die in dieser Szene unterwegs sind, spricht. Ich will kein Papier produzieren, sondern ich suche den direkten Austausch. Das gilt für Handwerksmeister ebenso wie für die mittelständischen Unternehmen oder die Leute, die in der Kreativszene unterwegs sind. Das bringt hundert Mal mehr an Wertschätzung dieser Szene gegenüber, als irgendeinen auf Papier gedruckten Masterplan zu veröffentlichen. Davon bin ich jedenfalls fest überzeugt.

(Beifall von der SPD)

Wir werden das Geld, über das wir heute bei diesem Haushalt zu sprechen haben, nicht zuletzt auch im Bereich der Außenwirtschaftsförderung weiter anlegen und investieren. Ich bin davon überzeugt, dass das Werben um internationale Investoren für Nordrhein-Westfalen und für die Weiterentwicklung dieses Standortes ganz entscheidend ist. Das ist sehr gut angelegtes Geld, und alle ausländischen Investoren – die Zahlen zeigen das ja – sind aufgrund der Infrastruktur, aufgrund der Vernetzung mit der Wissenschaft und aufgrund der vielen industriellen und Dienstleistungsbetriebe, die es in unserem Land gibt, von diesem Standort überzeugt. Das ist ein hervorragender Boden, um aus dem Ausland hierher zu kommen, und die Zahlen zeigen – sie wachsen schließlich an –, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

Meine Damen und Herren, dieser Gesamtetat des Wirtschaftsministeriums mit 812 Millionen € setzt die richtigen Schwerpunkte. Wir würden auch in den nächsten Jahren gerne mehr tun, aber das hat Frau Merkel in Brüssel verhindert, indem sie eine Vereinbarung unterschrieben hat, in der klar zu erkennen

ist, dass uns in Deutschland künftig weniger Geld für Strukturpolitik zur Verfügung stehen wird. Aber ich bin froh – das sei abschließend auch vor dem Hintergrund der Debatte, die wir im Ausschuss dazu geführt haben, noch einmal gesagt –, dass es für mein Haus gelungen ist, dass der relative Anteil, den Nordrhein-Westfalen unter den westdeutschen Bundesländern bekommt – die Gesamtsumme ist leider kleiner geworden –, in den nächsten sieben Jahren steigen und nicht abnehmen wird. Das Geld müssen wir für die Zukunft Nordrhein-Westfalens gut nutzen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister. Ich möchte darauf hinweisen, dass die Landesregierung ihre Redezeit um eine Minute und 32 Sekunden überzogen hat. – Mir liegt noch eine Wortmeldung vor. Für die CDU-Fraktion hat sich der Abgeordnete Wüst gemeldet.

Hendrik Wüst (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Minister, ich will zunächst Danke sagen für die Informationen zum Thema „Opel“. Es ist gut, dass es eine bessere Lösung als die zunächst angedrohte gibt.

Ich habe sehr genau zugehört und mitgeschrieben. Sie haben gesagt: Wir müssen sehen, dass wir die Voraussetzungen schaffen. An anderer Stelle haben Sie gesagt: Wir müssen alles tun, um eine möglichst lange Perspektive zu schaffen. Heute kam die Nachricht überraschend. Insofern gebietet es das Gebot der Fairness, Ihnen Zeit zu geben. Aber es wäre schon interessant zu hören, was dann am Ende beim Schaffen von Perspektiven und all diesen Dingen herauskommt, welche Maßnahmen Sie bereit sind zu ergreifen und was Sie bereit sind zu tun, um in Bochum den Opel-Standort nachhaltig zu sichern.

(Beifall von der CDU)

Dann, Herr Duin, zu Ihrer Aussage: Ich sage überall das Gleiche. – Das stellt niemand in Abrede. Dass vieles von dem richtig ist, was Sie überall ziemlich gleich sagen, stellt auch niemand in Abrede. Das ist nicht der Punkt. Die Debatte lenkt ab. Wir werfen Ihnen vor, was Sie dann tun.

Im Übrigen sei folgender Hinweis erlaubt: Sie haben am Dienstagabend bei der Wirtschaftsvereinigung Stahl gesagt, die Ausnahmen beim EEG müssen bleiben, da gibt es mit mir – so sinngemäß nach meiner Erinnerung, denn da habe ich nicht mitgeschrieben – eine rote Linie.

Ich erinnere mich noch gut an das Begehren der Grünen, die EEG-Ausnahmen im Wirtschaftsausschuss zu diskutieren und infrage zu stellen, worauf ich dann gefragt habe, wo denn Sie, Herr Minister,

Handlungsbedarf in dieser Hinsicht sehen. Dann wurde gesagt, ja, da gibt es einiges. Das müssen wir uns sehr genau angucken. Ich hoffe, dass das Teil eines Lernprozesses in den letzten Wochen gewesen ist und nicht die Widerlegung Ihrer Selbstbrümmung, dass Sie überall das Gleiche erzählen, Herr Minister.

Dann zum Thema „kritikfrei“: Erstens glaube ich, dass an keinem Menschen Kritik spurlos vorbeigeht. Das ist aber nicht der Punkt. Mir wäre nur viel, viel lieber, wenn Herr Maier-Hunke von der Landesvereinigung der Arbeitgeberverbände Sie nicht kritisieren würde, sondern Herr Remmel.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das ist der entscheidende Punkt, Herr Minister. Ich erwarte von Ihnen, dass Sie in den Clinch gehen im Kabinett. Ich erwarte gar nicht, dass ich darüber dann in den Zeitungen lese – um Gottes willen –, aber ich erwarte, dass Sie für die Wirtschaft kämpfen.

Dann kurz zu den vorhergehenden Debatten: Herr Bell hat die Dialogbereitschaft gelobt. Dialog ist immer gut. Das erste halbe Jahr sind Sie damit ja auch gut gefahren. Dann gab es ja die Kritik. Führen Sie sich die Anhörung zum Wasserentnahmeentgelt am 19. Februar noch einmal vor Augen: Da saß der Vertreter von unternehmer nrw, Herr Mornhinweg, und hat gesagt, das seien wunderschöne Dialogprozesse, alles wunderbar. Wenn dann aber nachher nichts von dem umgesetzt werde, kann man sie sich auch schenken. Wer Herrn Mornhinweg kennt und weiß, wie zurückhaltend er ist, kann erahnen, wie sauer man da über die verschwendete Zeit in all den Dialogprozessen ist, wenn am Ende gar nichts passiert.

(Beifall von der CDU)

Ein entscheidender Punkt noch hinterher: Beim Tariftreue- und Vergabegesetz machen Sie das große Fass des Mindestlohns auf. Ich stelle einmal eine Frage: Sie regieren ja jetzt schon ein bisschen länger, in der Minderheitsregierung und jetzt in dieser Formation auch schon. Wie viele Mindestlöhne haben Sie denn für allgemeinverbindlich erklärt? Es war Karl-Josef Laumann, der dieses landespolitische Instrument engagiert angewandt hat. Danach ist nicht mehr viel passiert, obwohl Ihnen das angeblich so wichtig ist.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Abgesehen davon: Wenn Sie dann mit der Wertekeule kommen, muss ich Ihnen sagen, dass diese hier absolut nicht richtig aufgehoben ist. Wir wollen, dass Tarifvertragspartner stark sind und möglichst überall Mindestlöhne tariflich vereinbaren. Da, wo es nicht möglich ist, wollen wir, dass sie durch eine Kommission der Tarifpartner festgelegt werden. Das ist die Lösung der CDU. Die ist immerhin besser als das, was Sie hier gemacht haben. Sie haben so gut

wie nichts gemacht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall von der CDU)

Die letzten Sekunden nutze ich, um auf die Frage der Immobilienfonds einzugehen. Auch ein revolvierender Fonds muss zunächst mit Geld gefüllt werden, um es dann ausgeben und wieder reinspielen zu können. Erst einmal muss also Geld aus den EFRE-Mitteln da rein. Wo kommt es her? – Von den Wirtschaftsförderungsmitteln, wo sie bisher eingesetzt werden.

Darüber würde ich gerne mit Ihnen diskutieren. Aber tun Sie nicht so, als hätten wir da dumme Fragen gestellt. Die Frage ist sehr berechtigt: Woher nehmen Sie das Geld für diesen revolvierenden Fonds, wenn nicht aus der Wirtschaftsförderung? – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Wüst. – Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir sind damit am Ende des Teilbereichs „Wirtschaft, Industrie, Mittelstand und Handwerk“ des Einzelplans 14. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

Wir kommen zum

Teilbereich Energie

Ich erteile für die CDU-Fraktion dem Herrn Abgeordneten Kufen das Wort.

Thomas Kufen (CDU): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Zuschauerinnen und Zuschauer! Das Thema „Energie“, Herr Minister, reduziert sich im Einzelplan 14 fast ausschließlich auf den Bereich der Kohlehilfen. Die machen 358 Millionen aus. Insgesamt stehen 366 Millionen € im Einzelplan 14.

Gerade vor dem Auslaufen der Kohlehilfen wird die Frage der zukünftigen energiepolitischen Ausrichtung unseres Landes, glaube ich, umso wichtiger. Das lässt sich hier an dieser Stelle auch an den Haushaltszahlen deutlich machen.

Wir hatten, meine Damen und Herren, gestern Abend zu später Stunde schon eine energiepolitische Debatte. Die Landesregierung hat sich durch die Schulministerin vertreten lassen. Ich habe das nicht zu kritisieren. Sie hat das ordentlich gemacht im Rahmen der Möglichkeiten dieser Regierung.

Aber vielleicht haben wir ja heute durchaus noch einmal Gelegenheit, das eine oder andere zu vertiefen. Denn die Frage ist in der Tat: Mit welchem Konzept geht diese Landesregierung in die ener-

giepolitischen Gespräche, die jetzt anstehen? Da brauchen wir Klarheit. Dazu brauchen wir hier in diesem Haus auch eine Debatte.

Herr Minister Duin, dann brauchen wir von Ihnen auch Klarheit über den sogenannten Masterplan, den Sie ja immer wieder propagieren, den Sie ja selber schreiben wollten und jetzt der Bundesregierung zuschieben. Ich will Sie nicht mit Zitaten konfrontieren, die Sie gerade hier an diesem Rednerpult vor wenigen Minuten noch zum Thema „Masterplan“ mit aufgeblasenen dicken Backen und Ähnlichem angeführt haben.

Aber ich will Ihnen noch einmal vorhalten, was Sie im „Focus“-Magazin vom 8. Juli gesagt haben: Wer ein Drittel des deutschen Stroms produziert, muss den Anspruch haben, für ganz Deutschland einen Masterplan zu entwickeln. – Wohlgermerkt: „für ganz Deutschland“. So Zitat Duin.

In den „Westfälischen Nachrichten“ am 20. Juli konnte man dann auf die Frage: „Haben Sie einen Masterplan zur Energiewende angekündigt? Wie konkret wird er sein?“ die Antwort von Minister Duin lesen: Diese Mühe hat sich bisher noch niemand gemacht. Darum habe ich die Aufgabe früh in meinem Ministerium angestoßen. Zum Herbst werden wir die ersten Eckpunkte sehen.

Ich kann nur feststellen: Der Herbst ist um. Der Winter ist fast schon um. Der Frühling steht vor der Tür. Nur Herr Duin hat nicht geliefert.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Schöne Worte, aber Herr Duin – das ist das, was Ihnen die Kollegen von CDU und FDP und teilweise auch von den Piraten immer ins Stammbuch schreiben –: Es reicht am Ende nicht aus, Herr Minister, nur aus der Verkaufsabteilung zu kommen. Irgendwann müssen Sie auch aus der Produktionsabteilung kommen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Da versagen Sie bisher.

Insofern, Herr Minister: Wir haben das Thema „Masterplan“ in der Anhörung am 20. Februar sehr dezidiert mit den Fachleuten diskutiert. Da gab es auch viel Kritik an CDU- und FDP-Politik. Aber es gab auch Kritik an dem, was uns hier in Nordrhein-Westfalen beschäftigt. Da sagt zum Beispiel der Unternehmerverband: Ein Masterplan kann nicht den Anspruch erheben, technische Entwicklungen der nächsten 30 Jahre mit berücksichtigen zu können. – Der Landesverband der Erneuerbaren Energien schreibt: Welche Wirkungen ein Masterplan entfalten kann, hängt von seiner inhaltlichen Ausgestaltung ab.

Grundsätzlich ist eine Koordination von Bund und Ländern, aber auch zwischen den einzelnen Bundesländern für das Gelingen der Energiewende unerlässlich. Den Zubau darüber hinaus von oben

herab steuern zu wollen, halten wir sowohl unter dem Aspekte der Akzeptanz als auch unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit zum jetzigen Zeitpunkt für wenig sinnvoll.

Ich führe einige Organisationen an, die den Markt kritisch beobachten, also keine CDU-Vorfeldorganisationen:

Die Verbraucherzentrale NRW hält den Anspruch, dass ein Masterplan – Stand: 2013 – alle Schritte festschreibt, die bis 2020, 2030 oder gar später umzusetzen sind, für überzogen.

NABU NRW: Es mangelt derzeit nicht an energiepolitischen Zielen, Szenarien und Konzepten, aber am Management der Energiewende. Ein Masterplan droht im Wirrwarr unterschiedlicher Einzelinteressen unterzugehen. Es kann einen über Jahrzehnte bis 2050 hinweg unveränderten Masterplan nicht geben.

Herr Minister, Ihr Vorhaben ist am Ende kein Masterplan, sondern in den Augen vieler Sachverständiger ein Desasterplan. Das haben die Ihnen sehr deutlich ins Stammbuch geschrieben.

(Beifall von der CDU)

Entweder – Sie sind schon etwas länger im Amt – haben Sie es in der ganzen Zeit nicht verstanden, mal zu erklären, was Sie eigentlich mit dem Masterplan „Energie“ meinen, oder Sie haben es erklärt, aber es ist am Ende nicht überzeugend gewesen. Insofern frage ich Sie: Wann liefern Sie Herr Minister? Wie bringen Sie sich in dieser Frage ein?

Es ist von Anfang an unsere Auffassung gewesen, dass es einen solchen Masterplan überhaupt nicht geben kann, obwohl er in Ihrer Koalitionsvereinbarung steht. Es wird die eine Blaupause für die Energiewende nicht geben. Sie wäre auch nicht sinnvoll, weil wir die technologischen Sprünge, die wir noch brauchen, überhaupt noch nicht absehen können. Das könnten am Ende nur Ideologen. Wir sollten nicht naiv und nicht ideologisch an diese Energiewende herangehen, sondern mit Pragmatismus und Optimismus.

Die Schulministerin hat mich gestern gelobt, dass ich am Ende nichts zu dem Streit zwischen Rimmel und Duin gesagt habe. Das ist auch gar nicht mein Thema. Das müssen die untereinander ausmachen.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Kollege, Ihre Redezeit.

Thomas Kufen (CDU): Ich will noch einen Gedanken vortragen, Herr Präsident. – Im „Spiegel“ ist ein Artikel über das Binnenverhältnis zwischen Rot-Grün nachlesbar. Unabhängig davon zitiert Herr Duin, wie eine rot-grüne Bundesregierung aussieht: Eines ist klar, die Grünen dürfen das Energieministerium nicht bekommen.

Das sagt auch viel über die Zusammenarbeit mit den Grünen aus. Um Frau Brems noch eine Freude zu machen, ich stimme der Aussage von Herrn Trittin „Es gibt Parteien, die haben eine größere Kompetenz als die SPD in puncto Energiepolitik“ ausdrücklich zu. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Kufen. – Für die SPD-Fraktion spricht der Abgeordnete Eiskirch.

Thomas Eiskirch (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Einer der Kollegen, die am Montag mit dem Europaausschuss dieses Hohen Hauses in Brüssel waren, hat mir von einem Gespräch mit Herrn Oettinger berichtet. Herr Oettinger hat in Bezug auf die EEG-Bremse gesagt: Herr Altmaier hat richtige Analysen, aber die Lösungsvorschläge sind nicht ausgereift.

(Beifall von der SPD)

Das gilt nicht nur für das Thema „EEG“, sondern für die gesamte Energiepolitik der schwarz-gelben Bundesregierung: In weiten Bereichen ist die Analyse richtig, Lösungsvorschläge, wenn überhaupt vorhanden, sind nicht ausgereift.

(Reiner Priggen [GRÜNE]: Das steht aber auch für Herrn Oettinger!)

Als Kollege Kufen gerade sagte, er erwartet Konzepte, klare Linien und einen Masterplan, dachte ich, da hat er recht. Ich finde es gut, dass er seine Bundesregierung so in die Pflicht nimmt.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter, würden Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Kerkhoff zulassen?

Thomas Eiskirch (SPD): Nein, ich will erst mal ausführen. – Alle drei Punkte, Kollege Kufen, sind völlig richtig angebracht. Denn wir müssen erkennen: Berlin fährt einen Zickzackkurs ohne klare Linie, ohne Konzepte und ohne einen Plan. Ich glaube wirklich, dass der energiepolitische Zickzackkurs von CDU und FDP für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland keine mindergroße Gefahr ist, wie es die Situation des Euro im Moment darstellt.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Sie haben mit Ihrem Zickzackkurs der letzten zwei Jahre – über die Energiewende reden wir seit gut zwei Jahren – nur für weitere Verunsicherung gesorgt. Erst haben Sie durch den Ausstieg aus dem Ausstieg aus dem Ausstieg des Ausstiegs dafür Sorge getragen, dass die konventionellen Kraftwerkssituationen in Problemlagen kommen, und

jetzt versuchen Sie, dafür zu sorgen, dass auch die erneuerbaren Energien in Deutschland unter Druck geraten. Das ist kontraproduktive und nicht produktive Energiepolitik in Deutschland.

(Beifall von der SPD und den PIRATEN)

CDU und FDP haben bis heute nicht verstanden, dass energiepolitische Investitionen auf Zeiträume von 20, 30 oder sogar 40 Jahren kalkuliert werden. Da sind hü und hott und keine klare Linie der schlechtesten Ratgeber.

Mit der Verlängerung der Laufzeit der AKWs wurden Investoren in die Energiewirtschaft abgeschreckt. Heute ist es so, nachdem Sie damals die Investitionen in konventionelle Kraftwerke verhindert oder zumindest belastet und zu erheblicher Verunsicherung beigetragen haben, dass Sie durch Ihr Handeln weitere Investitionen in erneuerbare Energien und das Gelingen der Energiewende in Deutschland untergraben.

Es muss Schluss sein mit dem Kompetenzhickhack innerhalb der Bundesregierung. Die Energiewende ist endlich als das angekündigte Gemeinschaftswerk zu gestalten, das verschiedene Handlungsebenen – inhaltliche wie regionale – zusammenführt. Wir müssen uns doch überhaupt nicht die Frage stellen, ob die Energiewende ausschließlich von der Farbenlehre bestimmt wird. Nein, sie ist natürlich auch eine regionale Frage. Denn sowohl beim Thema „Netze“ als auch beim Thema „Produktion“ haben wir in Deutschland ganz unterschiedliche regionale Interessen, die nichts mit der Farbenlehre zu tun haben. Aber das muss man zusammenbinden. Diese Versuche sind über zwei Jahre konzeptionell nicht wirklich entstanden.

Nordrhein-Westfalen, das Energieland Nummer eins in Deutschland, braucht endlich diese konzeptionell durchdachte und schlüssige Energiewendepolitik des Bundes. Wir sind nämlich einer der wichtigsten Partner; aber wir sind auch Risikoträger, wenn die Entscheidungen auf Bundesebene falsch getroffen werden. Deswegen ist es für uns als Industrie- und Energieland von ungeheurer Bedeutung, dass das, was Sie eingefordert haben, Konzepte, klare Linie und ein Masterplan, endlich vernünftig auf den Tisch kommt.

Dazu gehört ein Strommarktdesign – dazu gibt es bis heute keine wirklichen Auskünfte der Bundesregierung –, das die Partnerschaft von erneuerbaren Energien und fossilen Kraftwerken stärkt, Investitionen in gesicherte Energieerzeugung planbar macht und die Förderung der erneuerbaren Energien einbezieht. Ein verändertes EU-binnenmarktkompatibles EEG muss stärker zur Marktfähigkeit und zur Systemintegration der erneuerbaren Energien beitragen sowie Mitnahmeeffekte sinnstiftend verhindern. Marktdesign und diese Fragen muss man zusammenführen.

Der Teilbereich „Energie“ im Haushalt 2013 des Wirtschafts- und Energieministers ist Ausdruck der Kontinuität und Verlässlichkeit. Das ist der große Unterschied zur Bundesebene. Er führt die Strukturhilfen für die Steinkohle fort, die bundesgesetzlich geregelt sind. Wir sind aber auch dabei, für die Steinkohlerückzuggebiete in die Vorderhand zu gehen. Der Haushalt trägt den Verpflichtungen Rechnung, die sich aus der atomaufsichtsrechtlichen Verantwortung ergeben. Mit dem angekündigten Ausstieg ist das Thema nicht vorbei. Das ist eine Aufgabe, die im Land zu bearbeiten und zu finanzieren ist. Der Haushalt trägt damit auch zur Planungssicherheit bei, die in der Energiepolitik nötig ist. So handhabt es diese Landesregierung in allen energiepolitischen Themen. Damit dokumentiert dieser Landeshaushalt einen ganz wesentlichen Unterschied zur Energiepolitik auf Bundesebene. – Vielen herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Eiskirch. – Für die FDP-Landtagsfraktion spricht Herr Abgeordneter Brockes.

Dietmar Brockes¹⁾ (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben schon gestern Abend die energiepolitischen Themen in diesem Hohen Hause diskutiert. Deshalb hatte ich gehofft, dass wenigstens heute der eigentlich für Energie zuständige Minister, Herr Rimmel, anwesend ist. Er ist anscheinend im Hause, aber bei diesem Tagesordnungspunkt leider nicht anwesend.

Herr Minister Duin, aber auch Ihre Anwesenheit begrüße ich. Sie sind zumindest formal auch für das Haushaltsressort Energie zuständig.

(Thomas Eiskirch [SPD]: Großes rhetorisches Kino!)

Meine Damen und Herren, aktuell finden auf Landes- und Bundesebene äußerst spannende energiepolitische Diskussionen zur weiteren Umsetzung der Energiewende statt.

(Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

Interessant ist dabei auch, dort, wo die Länder eingebunden werden, wird die Landesregierung durch Umweltminister Rimmel vertreten. Dort werden Fragen über den Ausbau der erneuerbaren Energien, zur Beschleunigung des Netzausbaus, zur Förderung der Speicherforschung, zur Hebung von Energieeffizienzpotenzialen und – früher, als von Experten angenommen – zur Zukunft des Strommarktdesigns diskutiert.

Der Landtag hat auf Antrag unserer Fraktion in der vergangenen Woche eine umfangreiche Sachverständigenanhörung zu diesem Themenkomplex durchgeführt. Die detaillierten Stellungnahmen enthielten überwiegend die Aufforderung an die Politik

in Gänze, sich nicht länger im staatlichen Mikromanagement der Energiewende zu verlieren, sondern stattdessen einen Ordnungsrahmen vorzugeben, der die langfristig nachhaltigsten Lösungen ermöglicht, indem er mehr Markt und mehr Wettbewerb in der Energiepolitik durchzieht. Die hierzu genannten Vorschläge gilt es auch aus NRW heraus umzusetzen. Herr Minister Duin, dazu habe ich bislang noch keine konkreten Vorschläge Ihrerseits gehört.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Hat niemand!)

Auf Bundesebene wird als ein wichtiges Element zurzeit die überfällige Reform für das EEG diskutiert. Dazu muss aus unserer Sicht auch eine Stromsteuersenkung gehören. Neben den in die Zukunft gerichteten Reformen müssen die Stromverbraucher bereits heute konkret entlastet werden. Die Belastungsgrenze für viele Privathaushalte und Unternehmen ist in Folge der EEG-Umlagesteigerungen längst erreicht.

Meine Damen und Herren, ich habe nun zwei Initiativen exemplarisch genannt. Herr Minister Duin, bezeichnend ist aber seitens des Energielandes Nummer eins Nordrhein-Westfalen, dass bei den überragend wichtigen Projekten der Energiewende seit Regierungsantritt noch nichts angestoßen wurde. Herr Minister Duin, Ihr Kollege Rimmel hat sich allein in diesem Jahr 77 weitere Stellen genehmigen lassen. Das zeigt, wo die Prioritäten innerhalb der Landesregierung gesetzt werden. Welche Priorität hat die Energiewende bei Ihnen? Keine besondere. Das muss man wohl sagen. Sie forderten noch Anfang Februar öffentlich eine Senkung der Stromsteuer. Die SPD-Fraktion lehnte gestern Abend unseren entsprechenden Antrag mit Ihrer Forderung hier im Plenum ab.

(Zuruf von der SPD: Mit Recht!)

Das soll jetzt aber nicht heißen, dass wir auf Sie und Ihre Äußerungen in Zukunft verzichten wollen, Herr Minister Duin. Während der Amtskollege von den Grünen, Herr Rimmel, jegliche Sachlichkeit zum Thema „Fracking“ abgelegt hat und sich in einem Krawallbrief an die NRW-Bundestagsabgeordneten mehr um die Renaissance des fossilen Zeitalters sorgt als über Umweltaspekte beim Fracking, konnte ich beim WDR eine wohlfundierte und sachliche Analyse Ihrerseits nachlesen. Zu Recht haben Sie betont, dass bei der Erforschung der Fracking-Technologie nun der nächste Schritt gemacht werden kann. Ich bin gespannt, wer sich innerhalb der Landesregierung durchsetzen wird.

Meine Damen und Herren, wir haben noch nicht genügend Kenntnisse, um abschließend und verantwortlich über Fracking entscheiden zu können. Dafür sind weitere Erkundigungen notwendig, für die nun in Berlin die notwendigen Rahmenbedingungen vorgegeben wurden. Eine Umweltverträglichkeitsprüfung wird dabei verpflichtend vorgeschrieben, damit Umweltgefahren ausgeschlossen

werden. Keinesfalls handelt es sich also um einen Freibrief für Fracking.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss.

(Zustimmung von Hans Christian Markert [GRÜNE])

Lassen Sie mich noch einen Punkt nennen, der selbstverständlich nicht fehlen darf, Herr Kollege Markert. Das ist das Kraftwerk Datteln 4.

(Zustimmung von Christof Rasche [FDP])

Hier zeigt sich, dass der Minister es ernst meint, wenn er sagt, seine Aufgabe sei vor allen Dingen rhetorisch. Mehrfach haben Sie erklärt, dass wir ein neues Kraftwerk wie Datteln 4 bräuchten. Gleichzeitig stellen Sie aber fest, dass diese Landesregierung keinen Handschlag tun werde, um die Fertigstellung des Kraftwerks voranzubringen. Dabei bräuchte gerade der RVR Ihre Unterstützung, um die Regionalplanänderungen in einem angemessenen Zeitraum bewerkstelligen zu können.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege Brockes.

Dietmar Brockes* (FDP): Herr Präsident, ich komme zum Schluss! – Herr Minister, der Lackmus-Test steht Ihnen beim LEP noch bevor. Denn wenn wir – wie Sie richtig sagen – weitere Kraftwerke konventioneller Art benötigen, müssen Sie sicherstellen, dass es hierfür auch die entsprechenden Standorte in Nordrhein-Westfalen gibt, selbst wenn es Erweiterungsstandorte sind. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Abgeordnete Brems.

Wibke Brems (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Lieber Herr Brockes, wenn Sie – wie heute – immer wieder die alte Leier von der Industrie Feindlichkeit dieser Landesregierung wegen einer Bauruine der schwarzgelben Vorgängerregierung singen, müssen Sie aufpassen, dass Sie nicht irgendwann wie Troubadix, der Barde von Asterix und Obelix, gefesselt werden, damit Sie nicht weiter schief und scheel singen.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von der SPD: Das hätte er verdient!)

Ich gehe gerne noch einmal auf einige Aspekte ein. Herr Kufen ist auf die Anhörung, die wir in der letzten Woche hier im Plenarsaal hatten, eingegangen, wie es mit der Energiewende weitergeht. Ich möchte ein Zitat eines der Experten nehmen, und zwar

die Aussage, dass es der Bundesregierung am Willen mangelt, die Energiewende zu schaffen und – so ist zu befürchten – wohl auch an der Kompetenz. Das ganz genau ist die Aussage.

Wir haben gestern Abend schon lange darüber diskutiert: Sie haben Schwierigkeiten, die Energiewende einerseits umzusetzen. Andererseits wollen Sie sie gar nicht und hören sich gerne das an, was Ihnen die großen Energieversorger einflüstern.

Herr Kufen hat es angemerkt, dass es im hier diskutierten Haushaltsbereich nur um Kohle geht. Ihre heutigen Betrachtungen dazu sind mir doch etwas zu eindimensional. Spätestens in einer Zeit, in der das Ende des Kohlebergbaus in menschlich überblickbaren Zeiträumen absehbar ist, ist eine neue Betrachtungsweise notwendig. Wir müssen die Befürchtungen der Betroffenen ernst nehmen.

Als Beispiel nehme ich Steinkohle: Wir müssen wissen, wie wir mit der Handhabung von Bergschäden umgehen. Die Betroffenen haben nämlich die Befürchtung, dass anders mit ihren Schäden umgegangen wird, wenn der Abbau beendet ist. Das wird schon in wenigen Jahren der Fall sein.

Wir sagen, dass wir das hier im Landtag nicht alleine tun können, sondern dafür natürlich die Bezirksregierung Arnsberg und die entsprechenden Unternehmen brauchen, die gemeinsam die Betroffenen ernst nehmen müssen. Aber das muss man wirklich ernsthaft wollen. Transparenz darf weder eine leere Forderung noch ein leeres Versprechen sein, sondern muss gemeinsam gelebt werden.

Auch bei der Braunkohle ist eine neue Betrachtungsweise notwendig. Beispielsweise müssen wir schon jetzt die Nachbergbauzeit im Blick haben und zum Beispiel schauen, ob es bei der Braunkohle nicht auch das gibt, was wir bei der Steinkohle als „Ewigkeitslasten“ kennen. Denn schon jetzt fließen Flüsse ...

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Frau Abgeordnete, würden Sie eine Zwischenfrage zulassen?

Wibke Brems (GRÜNE): ... entgegen der ursprünglichen Richtung,

(Heiterkeit von der CDU)

schon jetzt versinken ganze Wälder in Seenlandschaften. – Das ist nicht witzig, sondern das betrifft die Leute vor Ort ganz konkret.

Dabei haben wir noch nicht einmal über Totalabrisse Kilometer vom Tagebau entfernt, von Lärm- und Luftbeeinträchtigungen geredet. Wir müssen allen in der Region – den Beschäftigten, den Bewohnerinnen und Bewohnern – eine Perspektive bieten. Das tut diese Landesregierung beispielsweise mit der Innovationsregion Rheinisches Revier. Dort müssen rechtzeitig Strukturveränderungen gestaltet werden.

Nicht zu verwechseln damit ist der „Aktionsplan Rheinisches Revier“. Den müssen wir uns ganz genau anschauen. Wir müssen Emissionen reduzieren, KWK massiver einsetzen. Wir müssen Effizienzsteigerungen dadurch hinbekommen, dass die CO₂-Emissionen reduziert werden.

Wir müssen allen – auch den Bergbaubetroffenen – eine Perspektive bieten. Wir werden dazu ein verlässlicher Partner sein, und zwar während und nach Beendigung des Bergbaus. Wir müssen Innovationsregionen, Aktionspläne und Bürgerrechte der Betroffenen mit Leben füllen. Es gibt noch viel zu tun, aber wir sind auf einem guten Weg. – Herzlichen Dank!

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Abgeordnete. – Damit hat sich der Wunsch nach einer Zwischenfrage erledigt. Vielen Dank für Ihren Beitrag.

Ich gebe nun das Wort weiter an Herrn Rohwedder für die Fraktion der Piraten.

Hanns-Jörg Rohwedder (PIRATEN): Vielen Dank, Herr Präsident. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, Zuschauer auf der Tribüne und am Stream! Herr Kufen von der CDU hat seine Rede mit der Aussage beendet, es gebe hier Parteien mit mehr energiepolitischer Kompetenz als die SPD. Ich bedanke mich im Namen der Piraten für dieses unerwartete Kompliment an uns.

(Beifall von den PIRATEN – Zuruf von Thomas Kufen [CDU])

Ich möchte zunächst kurz im Schnelldurchgang ein paar Ziele der Piratenfraktion darstellen:

Wir wollen eine dezentrale Energieerzeugung mit erneuerbaren Energien.

Wir wollen eine Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes hin zu einem engagierten Ausbau der erneuerbaren Energien, wobei Überförderungen vermieden werden sollen.

Wir wollen die direkte und indirekte Subvention von fossilen und nuklearen Energien transparent machen und abbauen.

Wir wollen die einkommensschwachen Haushalte bei den Energiekosten entlasten, die Ausnahmen von EEG-Umlagen, Netzdurchleitungsentgeltbefreiungen und weiteres bei der stromintensiven Industrie hinterfragen und auf das Nötigste begrenzen.

Wir wollen Anreize für Energieeffizienz bei der Industrie auch über den Strompreis setzen, den HGÜ-Netzausbau auf das Notwendige beschränken. Wir wollen nicht, dass der Strom aus Braunkohle über HGÜ-Leitungen nach Norwegen, Österreich oder in die Schweiz geleitet wird, dort mit diesem Strom

Wasser den Berg hochgepumpt wird und als grüner Ökostrom umgelabelt hier wieder auftaucht.

Wir wollen dezentrale Energiegewinnung mit Erneuerbaren beim Netzausbau stärker berücksichtigen statt der großen HGÜ-Trassen.

Wir wollen die technischen Möglichkeiten dazu voll ausnutzen und brauchen die staatlichen Energieverteilungsnetze als Grundlage für faire Energiemärkte.

Wir wollen die Förderung der Energieeffizienz und Kraft-Wärme-Kopplung, die klare Auszeichnung von Effizienzklassen für alle Gebrauchsgüter, Stärkung der Bürgerrechte, mehr Demokratie und Mitbestimmung in der Energiepolitik – zum Beispiel das Bergrecht abschaffen und durch ein Umweltgesetzbuch ablösen.

Fast die gesamten Haushaltsansätze im Energiebereich sind für fossile und atomare Energien vorgesehen. Das steht im krassen Widerspruch zu unseren Vorstellungen.

Den größten Anteil machen die Zuschüsse für die deutsche Steinkohle zur Verstromung und an die Stahlindustrie mit einem Ansatz von 358,4 Millionen € im Jahr 2013 aus. Diese Zuschüsse sind für den Steinkohlebergbau für rund zehn Jahre vertraglich festgelegt. Für den Bereich Energie und Bergbau gibt es im Haushaltsplan insgesamt aufgrund von vertraglichen Bindungen kaum Gestaltungsmöglichkeiten. Da haben Sie sich schön in die Sackgasse manövriert.

Wir sind also in diesem Bereich mit erheblichen Altlasten konfrontiert, die eine zukunftsweisende Gestaltung des Energiesektors verhindern. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass keine neuen Altlasten entstehen und Gestaltungsmöglichkeiten für die Zukunft nicht nur erhalten bleiben, sondern vor allem erst einmal wieder neu geschaffen werden.

(Beifall von den PIRATEN)

Wir wollen das Verursacherprinzip bei Ewigkeitsschäden durchsetzen und einpreisen. Wir wollen eine Haftpflichtversicherung für Nuklearanlagen, voll umfänglich und ohne Schlupflöcher.

(Beifall von den PIRATEN)

Im Haushalt findet sich dazu viel zu wenig Wegweisendes, geschweige denn Bahnbrechendes für die Energiewende und für den Strukturwandel, der schon längst im Gange ist. Der Entwurf ist unzureichend, zurückweichterlich und unambitioniert. Man muss den Strukturwandel dort schöpferisch begleiten, wo Bürger, lokale Kleinbetriebe und der Mittelstand bereits regionale Wertschöpfung betreiben und Arbeitsplätze sichern.

Das findet sich im Entwurf nicht wieder. Der sieht aus, als hätten fossile Stollentrolle ihn bereits in den 1960er-Jahren entworfen. Das ist eine vertane Chance und ist besonders desaströs, weil Nordrhein-Westfalen das Bundesland mit der höchsten

Energieproduktion und dem höchsten Ausstoß an Schadstoffen in Verbindung damit ist. Eine Landesregierung von Schwarz-Geld hätte das kaum schlechter machen können.

Wir lehnen diesen Bereich ab. – Danke.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Rohwedder. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Duin.

Garrelt Duin, Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin vorhin aus Ihrem Beitrag, Herr Kufen, nicht ganz schlau geworden; ich weiß nicht, ob Sie nun einen Masterplan wollen oder nicht. Ich hatte immer gedacht, Sie lehnten das grundsätzlich ab. Aber dann haben Sie es doch wieder eingefordert.

Insofern bleibe ich dabei – ich habe vorhin schon darauf hingewiesen, dass man bestimmte Dinge bei verschiedenen Auftritten wiederholen muss –, dass neben dem Präsidenten des BDI viele andere Spitzenvertreter von Wirtschaftsorganisationen erklären: Wir brauchen so etwas wie ein Projektmanagement.

Dabei geht es nicht darum, vorwegzunehmen oder politisch zu bestimmen, was die nächsten technologischen Entwicklungen sind, sondern es geht darum, Verantwortlichkeiten klar zu definieren und zu sagen, wohin die Reise eigentlich gehen soll, damit endlich wieder Planungs- und Investitionssicherheit für sämtliche an diesem Thema beteiligten Unternehmen in Deutschland hergestellt wird.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Minister, würden Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kufen zulassen?

Garrelt Duin, Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk: Gern.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege.

Thomas Kufen (CDU): Herr Minister, da ich in meiner Argumentation offensichtlich nicht klar verstanden worden bin, will ich das gern zuspitzen.

Ich frage Sie: Haben Sie in den „Westfälischen Nachrichten“ einen Masterplan für Nordrhein-Westfalen angekündigt? Haben Sie im „FOCUS“ einen Masterplan für Deutschland angekündigt? Sind diese Aussagen von Ihnen? Konkret: Wann legen Sie vor?

Aus unserer Sicht braucht man das nicht. Aber wenn Sie es ankündigen, sollten Sie es auch tun.

(Zuruf – Thomas Kufen [CDU]: Er kann sich eine aussuchen!)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön, Herr Minister.

Garrelt Duin, Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk: Natürlich brauchen wir diesen Masterplan; natürlich brauchen wir ein Projektmanagement, und wir haben aus Nordrhein-Westfalen heraus schon eine ganze Reihe von sehr konkreten Elementen vorgelegt, die dazu ihren Beitrag leisten und das Gelingen der Energiewende befördern.

Meine Damen und Herren, wir müssen zwei Dinge unterscheiden: einmal das, was mittel- und langfristig diskutiert wird, und zum anderen das, was wir kurzfristig erledigen müssen. Kurzfristig heißt: Innerhalb der nächsten vier Wochen wird es zwischen den Bundesländern und der Bundesregierung eine Einigung geben müssen bezogen auf das, was an Vorschlägen von Herrn Altmaier und Herrn Rösler auf dem Tisch liegt, was jedoch nicht 1:1 wird Realität werden können.

Wir reden dort – ich hatte die Gelegenheit, heute Morgen mit Herrn Altmaier darüber zu sprechen – über die Optimierung des sogenannten Referenzertragsmodells für alle. Eine offene Frage lautet: Ist es vielleicht möglich, zu unterscheiden, wie windhöflich die unterschiedlichen Standorte sind? Das ist gerade für Nordrhein-Westfalen eine hochspannende Frage, damit wir bei einer möglichen Einigung am Ende nicht die Leidtragenden sind und damit wir mit den Standorten, die hier in Nordrhein-Westfalen zur Verfügung stehen, nach wie vor auch unsere entsprechenden Ausbauziele erreichen können. Darauf werden wir achten, und darauf werden wir Wert legen.

Ich will die anderen Punkte nur als Stichworte erwähnen. Wir reden über so etwas Schönes – Sie kennen das in den Details – wie Güllebonus. Brauchen wir den noch, oder müssen wir den streichen? Wir reden darüber, welche Erweiterungsinvestitionen in Biogasanlagen noch wie gefördert werden sollen oder eben nicht mehr? Wir reden auch über die besondere Ausgleichsregelung und den Eigenanteil energieintensiver Unternehmen. Wir reden über die Managementprämie, die Liquiditätsreserve. Wir reden über steuerliche Maßnahmen. Das ist das Gesamtpaket.

Ich bin ganz sicher, dass sich alle – auch die unterschiedlichen Bundesländer mit ihren unterschiedlichen Interessen, aber auch die Parteien – werden einigen müssen, um in vier Wochen spätestens auf der Konferenz der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten mit der Bundeskanzlerin eine Einigung zu präsentieren. Ich bin optimistisch, dass das gelingen wird, weil wir in der Tat – wie von

Ihnen eingefordert – das Ganze nicht in irgendeiner Weise ideologisch betreiben, sondern sehr pragmatisch an die konkreten Fragestellungen herangehen.

Das Zweite ist das, was wir mittel- und langfristig machen müssen. Da sind andere Fragen zu beantworten. Da geht es darum: Wie kriegen wir es hin, dass die erneuerbaren Energien in die Systemverantwortung hineinkommen? Da geht es darum: Wie können wir die Erkenntnisse, die unter anderem in dem vom Kollegen Rimmel in Auftrag gegebenen Prognos-Gutachten beschrieben sind, in politische Handlung umsetzen, damit auch die Back-up-Kapazitäten in den nächsten Jahren und Jahrzehnten sichergestellt sind?

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Minister, würden Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Ortgies zulassen?

Garrelt Duin, Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk: Ja.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön.

Friedhelm Ortgies (CDU): Schönen Dank, Herr Minister, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Ich habe aus aktuellem Anlass eine Frage an Sie, weil wir gerade bei der Energiepolitik sind und vor Kurzem das Verbandsklagerecht behandelt haben.

Ich lese, dass der NABU, der Naturschutzbund Deutschland, in Hessen Windanlagenbetreiber verklagen will nach dem Motto: Entweder ihr spendet für uns oder wir verklagen eure Anlagen. Was halten Sie davon?

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Minister, bitte schön.

Garrelt Duin, Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk: Dieser Vorgang entzieht sich meiner Kenntnis. Sie tragen das hier vor. Ich kann das überhaupt nicht überprüfen. Haben Sie bitte Verständnis dafür, dass ich das auch nicht bewerten kann, weil ich die Details dieses Vorgangs gar nicht kenne und es sich auch nicht in unserem Zuständigkeitsbereich befindet, wenn es sich in Hessen abspielt.

Meine Damen und Herren, ich war bei den Punkten, die mittel- und langfristig geklärt werden müssen. Neben der Frage des Marktdesigns – Wie können Erneuerbare in die Systemverantwortung überführt werden, wie können wir sicherstellen, dass die Back-up-Kapazitäten bei den konventionellen Kraftwerken da sind und sie rentabel betrieben werden können? – geht es um die Fragen der Beschleunigung des Netzausbaus, der Effizienzsteige-

zung und der Investitionen in die Speichertechnologie.

Hinsichtlich aller Punkte ist die nordrhein-westfälische Landesregierung in enger Absprache mit anderen Bundesländern und in engem Dialog mit der Bunderegierung, um gemeinsame Lösungen zu entwerfen.

Lassen Sie mich abschließend, weil Herr Brockes das Thema „Fracking“ aufgeworfen hat, darauf noch einmal konkret eingehen. – Auf der Berliner Ebene ist jetzt nach sehr langer Zeit die von der nordrhein-westfälischen Landesregierung schon in der vergangenen Wahlperiode erhobene Forderung aufgenommen worden, nämlich über eine Veränderung des Bergrechts eine verpflichtende Umweltverträglichkeitsprüfung einzuführen. Wir finden es richtig, dass dieser nordrhein-westfälischen Initiative jetzt gefolgt wird.

(Beifall von der SPD – Beifall von Thomas Kufen [CDU])

Das ist Punkt 1.

Punkt 2. – Herr Brockes, wenn Sie mir kurz Ihre Aufmerksamkeit schenken, weil Sie gefragt haben, ob es eine Differenz in der Landesregierung gebe. Mit Datum vom 7. September letzten Jahres – daran hat sich bis zum heutigen Tage nichts geändert – haben der Kollege Rimmel und ich öffentlich erklärt und haben es seitdem in gleichlautenden Worten immer wiederholt: In NRW wird es keine Genehmigung für die Erkundung und Gewinnung unkonventioneller Erdgaslagerstätten unter Einsatz von schädlichen Substanzen geben.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Der Einsatz der Fracking-Technologie kann derzeit bis auf Weiteres in NRW nicht genehmigt werden.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

An dieser Feststellung hat sich nichts geändert. Wir haben am 7. September vergangenen Jahres genauso gemeinsam gesagt: Es soll gemeinsam mit Unternehmen und der Wissenschaft der Versuch gestartet werden zu überlegen, welche konkreten Erkenntnisse durch Erkundungen geliefert werden können, um die Informations- und Wissensdefizite zu beseitigen und eine ausreichende Grundlage für die Entscheidung über mögliche nachfolgende Schritte zu schaffen. Dies soll in einem transparenten und breit angelegten Prozess erfolgen.

Das ist die Basis, auf der diese Landesregierung agiert. Wir sind in Gesprächen mit der Wissenschaft, mit den Unternehmen, um diese zweite Frage zu erörtern. Solange nicht klar ist, dass jede Gefährdung für Trinkwasser, Umwelt, Bürgerinnen und Bürger ausgeschlossen werden kann, wird es keine Genehmigung in Nordrhein-Westfalen geben: klare Haltung, klarer Ansatz, von allen hier getragen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister. – Ich weise darauf hin, dass die Landesregierung ihre Redezeit 1 Minute 41 Sekunden überzogen hat. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

Wir kommen damit zur Abstimmung über den Einzelplan 14. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in seiner **Beschlussempfehlung Drucksache 16/2114**, den Einzelplan 14 unverändert anzunehmen. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. Wer kann dem nicht seine Zustimmung geben? – Wer enthält sich? – Damit ist die Beschlussempfehlung **angenommen** und der **Einzelplan 14** mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU, der FDP und der Piraten **verabschiedet**.

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich rufe auf:

Einzelplan 07 Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport

In Verbindung mit:

Eltern und Kommunen brauchen einen Fonds, um Unstimmigkeiten beim U3-Rechtsanspruch zu bewältigen!

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/2137

Ich verweise auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 16/2107 zum Einzelplan 07.

Ich eröffne die Beratung zum

Teilbereich Familie, Kinder und Jugend

Für die CDU-Fraktion erteile ich der Frau Abgeordneten Doppmeier das Wort.

Ursula Doppmeier (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Als Grundlage für Ihr Regierungshandeln dient Ihnen Ihr Koalitionsvertrag. Und genau in diesem steht – ich zitiere –: „Nordrhein-Westfalen muss seine finanzielle Handlungsfähigkeit zurückgewinnen.“ – Das klingt schön, das klingt verantwortungsvoll, aber das entspricht leider nicht der Realität Ihres politischen Handelns.

Sieben Bundesländer schreiben inzwischen schwarze Zahlen und gewinnen so ihre finanzielle Handlungsfähigkeit zurück.